Breslauer Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 52. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 31. Januar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 30. Januar).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen und Falk mit zahlreichen Commissarien.

Vom Staats-Ministerium ist ein Gesetzentwurf, betreffend einen Receß mit dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin zur Regulirung der Grenz- und Hoheits-Differenzen; vom Finanz- und Handelsminister ein Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Zinsgarantie des Staates für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Heiligenstadt vorgelegt worden.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Etats des Cultusministeriums fort. Zu Capitel 123 (Universitäten) beantragt die Budget-Commission 1) bei den Universitäten Königsberg, Breslau und Kiel die Remuneration der Universitäts-Curatoren von 900 Thlr. in die Colonne der künftig wegfallenden Zahlungen wieder aufzunehmen; 2) bei der Universität Marburg eine ordentliche Professur für National-Oeconomie mit einem Besoldungsbetrage von 1400 Thlr. in die Colonne der künftig wegfallenden Ausgaben zu übernehmen.

Außerdem die folgenden Resolutionen:

Die Staatsregierung aufzufordern: 1) bei Vorlegung des nächstjährigen Etats eine vergleichende Nachweisung über die Kur- und Verpflegungskosten, Löhne und andere Ausgaben bei den klinischen Anstalten der Universitäten vorzulegen;

2) mit dem Etatsentwurf pro 1875 eine Denkschrift über die Entstehung, den rechtlichen Charakter und den Umfang der Verbindlichkeiten des hannoverschen Klosterfonds dem Hause vorzulegen;

3) durch Verstärkung des Staatszuschusses auf eine Erhöhung der Ausgaben für die Paulinische Bibliothek an der Akademie zu Münster im Etat pro 1875 Bedacht zu nehmen;

4) im nächsten Etat dafür Sorge zu tragen, daß die Minimalgehalte der außerordentlichen Professoren angemessen erhöht werden.

Referent Dr. Virchow: Die Anträge der Budgetcommission beziehen sich zum Theil auf einzelne, zum Theil auf alle Universitäten. Es ist anzuerkennen, daß der Etat beträchtliche Mehrausgaben hierfür ausweist, jedoch sind die gewährten Mittel noch lange nicht ausreichend, auch ist anzuerkennen, daß man Greifswald ebenfalls einen Staatszuschuß zugewiesen, nachdem man es bis dahin in Rücksicht auf seine eigenen reichen Mittel sehr vernachlässigt hat. Wenn wir bei Göttingen trotz des obwaltenden dringendsten Bedürfnisses nichts Wesentliches verbessert finden, so liegt das in den Verhältnissen des hannoverschen Klosterfonds, worüber die Budgetcommission eingehende Nachrichten augenblicklich nicht erhalten konnte, weil darüber zwischen Cultus- und Finanzministerium die Verhandlungen noch schweben. Bei den Universitäten Halle und Münster haben wir mit besonderer Befriedigung die Gewährung reichlicher Mittel zu Neubauten u. s. w. anzuerkennen. Habe ich so in vielen Richtungen das vollste Einvernehmen der Budgetcommission mit dem Vorgehen der Regierung zu constatiren, so muß ich doch die Aufmerksamkeit der Regierung noch hinlenken auf die Frage der Wohnungsgeldzuschüsse der Universitätsbeamten, für die vielleicht wegen der Kärglichkeit des Finanzministers etwas zu geringe Summen ausgesetzt sind, und ferner auf die Gehälter der außerordentlichen Professoren, die eines der schlimmsten Capitel unserer Besoldungspolitik ausfüllen. Wir finden im Etat 40 außerordentliche Professoren ohne Gehalt, und doch handelt es sich hierbei nicht blos um einen Titel, sondern es ist ein wirkliches Amt, welches dem Inhaber sowohl finanzielle Verpflichtungen, wie Beträge zu Wittwenkassen, bis zu 60 Thlr., auferlegt, als auch nöthigt, unter bestimmten Verhältnissen im Interesse der Universität Dienste zu leisten. Nach den Statuten der Universitäten ist die Zahl der unbesoldeten Extraordinarien nur eine beschränkte, allein die Praxis hat dieselbe sehr vermehrt, indem sie durch eine solche Auszeichnung jüngere Gelehrte, die sonst anders wohin gehen würden, zu fesseln sucht.

Auch die Gehälter der besoldeten Extraordinarien sind höchst kärglich: 200, 300, 400 Thlr.; dabei ist dies kein Anfangsgehalt, sondern nach preußischen Finanzgrundsätzen bleibt, wer einmal schlecht besoldet ist, auch schlecht besoldet. Daneben finden wir neu angestellte Extraordinarien mit hohem Gehalt, wie z. B. in Königsberg mit 900 Thlr. — es sind solche, die eine Supplementarthätigkeit für gewisse Fächer, welche die Ordinarien nicht lesen, ausüben. In der Budgetcommission wurde daher betont, daß eine Aufbesserung dieser Minimalgehälter dringend geboten sei, daß weiter das System der unbesoldeten Extraordinarien überhaupt als ein für die Entwickelung der Universitäten wenig förderliches und gedeihliches aufzugeben sei. Der verlangte Nachweis über die Kur- und Verpflegungskosten bei den klinischen Anstalten ist dadurch hervorgerufen, daß die Krankenhäuser zu Bonn und Kiel Mehrausgaben fordern, wie man billiger Weise erwarten darf, dabei hat sich jedoch gleichzeitig ergeben, daß mit der Erhöhung der Kurkosten sofort die Zahl der Kranken sich verminderte. Diese Frage ist daher sorgfältig zu erwägen. Wir wollen ferner im Einklang mit früheren Beschlüssen, daß die in Preußen, Schlesien und Holstein bestehende Vereinigung des Universitäts-Curatoriums mit dem Oberpräsidium gelöst wird; für Schlesien ist bei dem Wechsel im Oberpräsidium schon eine thatsächliche Aenderung eingetreten; wir wollen durch die beantragte Klausel „künftig wegfallend“ dies auch für Königsberg und Kiel erreichen. Endlich ist für Marburg ein Professor der National-Oekonomie genügend.

Abg. Krech: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit speziell auf Greifswald lenken, welches bis dahin alle Bedürfnisse aus eigenen Mitteln bestritten hat; der Flor der Universität zeigt, daß gut gewirthschaftet worden ist. Nun treten jedoch für Bibliothek, geburtshilfliche Institute u. s. w. jetzt so große Forderungen an die Universität, daß sowohl die eigenen Mittel, wie der gewährte Staatszuschuß von 17,000 Thlr. lange nicht ausreichen. Ob die Schuld für letzteres das Universitäts-Curatorium, oder eine höhere Instanz trägt, weiß ich nicht; jedenfalls ist das Curatorium in Greifswald das denkbar schlechteste; es wird provisorisch aus einem Universitätsmitglied, das sonach College und Vorgesetzter ist, und dem Verwalter der akademischen Vermögen gebildet. Auch ich möchte die Trennung der Anstalt zu Eldena, welche 1834 aus Mitteln der Universität Greifswald gegründet ist und alljährlich aus den Fonds derselben Zuschüsse erhält, von der Verwaltung der Universität möglichst bald aufgehoben sehen.

Geh. Rath Knerk: Um den bezeichneten Bedürfnissen zu genügen, sind die Vorbereitungen zur Ermittelung der auf den Etat von 1875 zu setzenden Beträge bereits fast zu Ende geführt.

Geh. Rath Goeppert bemerkt gegen Virchow: Von einem System der unbesoldeten Extraordinarien kann überhaupt nicht die Rede sein. Die Regierung kann sie aber zur Ergänzung des Lehrcursus nicht entbehren. Zugleich sind sie für diejenigen, welche sich der akademischen Carriere widmen, ein Bedürfniß und nicht als bloße Titel anzusehen. Die Gehaltsätze nun sind freilich überwiegend sehr gering; aber daß die Regierung bei diesen Sätzen keineswegs stehen zu bleiben gedenkt, zeigt ein Vergleich des diesjährigen Etats mit dem vorjährigen. Außerdem bekleiden die Extraordinarien gewöhnlich zugleich andere Aemter an den Universitäten, wodurch ihr Gehalt erheblich erhöht wird.

Der Cultusminister: Sie werden vielleicht erstaunen, daß ich Sie bitte, dem vorliegenden Antrage entgegen, von den beiden Professuren der National-Oekonomie in Marburg keine zu streichen. Noch vor wenigen Monaten würde ich diesem Antrage unbedenklich zugestimmt haben. Mir ist ja ebenfalls bekannt, daß die beiden Inhaber der national-ökonomischen Professuren in Marburg Jahre lang in diesem Hause gesessen haben, also national-ökonomische Vorlesungen in Marburg nicht gehalten worden sind. In Folge dessen mußte ich freilich zu der Conclusion kommen, daß beide oder mindestens eine der beiden Professuren überflüssig sei. Indessen hat das Studium der Jurisprudenz und anderer Disciplinen neuerdings in Marburg einen ganz entschiedenen Aufschwung genommen, und vor nicht langer Zeit hat das Curatorium der dortigen Universität mir das außerordentlich dringende Bedürfniß nach Professoren vorgestellt, welche die Qualität besitzen, Studirende heranzuziehen. Die dortigen Verhältnisse liegen nämlich jetzt so, daß national-ökonomische Vorlesungen entweder auf anderen Universitäten gehört werden müssen oder zum großen Schaden des Studiums gar nicht gehört werden. Dem einen der beiden Herren ist es nämlich nicht einmal gelungen, ein privates Collegium zu Stande zu bringen, während der andere gar nicht einmal Vorlesungen angezeigt hat, weil er sich überhaupt außerhalb Marburgs aufhält. Das Curatorium hat nun bei mir nachgesucht, diesen letzteren zu veranlassen, wieder Vorlesungen zu halten, wozu von mir die nöthigen Schritte gethan sind. Das ist also der thatsächliche Zustand, und wenn einer der beiden Herren ausscheiden soll, so darf meiner Meinung nach die Stelle nicht unbesetzt bleiben, sondern muß mit einem geeigneteren Manne besetzt werden, und dazu würden Sie mir, m. H., die Mittel entziehen, wenn Sie den Antrag annehmen. Ich hoffe, daß das Haus ebenso wie im vorigen Jahre bei einem ganz ähnlichen Falle der Universität Königsberg, auch diesmal mit der Regierung gehen wird.

Der Finanzminister: Dem Herrn Referenten hat es gefallen, die Kärglichkeit des Finanzministers als das Hinderniß zu bezeichnen, welches eine Besserung der Zustände unmöglich mache. Da ich ja weiß, daß der Herr Referent der äußersten Linken angehört, so habe ich Anfangs geschwankt, ob ich eine solche Opposition schweigend hinnehmen oder meine Stellung dem Lande gegenüber zu wahren habe. Ich darf aber jetzt wohl sagen, daß, wenn irgend ein kleines Verdienst meiner Verwaltung anzuerkennen ist, ich das in Anspruch nehmen kann, einen offenen Blick für die Bedürfnisse des Landes zu haben, denen ich auch stets nach Kräften entgegenzukommen suchte. Insbesondere für die Universitäten waren in dem Etat für 1871 insgesammt ausgesetzt 889,815 Thaler, für 1874 dagegen 1,424,000 Thaler, also um 534,000 Thaler mehr, und ich will Sie nicht mit der Mittheilung der außerordentlichen Summen belästigen, die außerdem, z. B. für Neubauten, ausgegeben worden sind. Das Gesagte wird mich dem Lande gegenüber von dem Vorwurf des Herrn Referenten reinigen.

Abg. Miquel: Der Referent hat ganz ausdrücklich und ganz im Sinne der Budget-Commission anerkannt, daß gerade für Universitäten in sehr ausgiebiger Weise gesorgt worden ist, was freilich nicht ausschließt, daß man in einzelnen Beziehungen noch weiter gehen kann. Gegenüber der Freude, die der Abg. Krech über die der Universität Greifswald zugewiesenen Zuschüsse geäußert hat, will ich auf ein Mißverhältniß aufmerksam machen, daß sich bei dieser und and anderen Universitäten herausstellt. Greifswald ist durch einen sehr bedeutenden Grundbesitz, der in Ritter- und Bauergütern besteht und durch Verpachtung verwerthet wird, eine der reichsten Universitäten. Weder die Regierung noch wir haben aber irgend welche Einwirkung auf die Verwaltung dieses Vermögens und müssen dennoch die Zuschüsse bewilligen, obgleich wir sehr wohl der Meinung sein können, daß bei einer richtigen Verwaltung des Vermögens dieselben gar nicht nöthig wären.

Die Commission hat solche Fragen eingehend zu erörtern unterlassen in der Hoffnung, daß dieselben bald durch ein generelles Etatsgesetz erledigt werden werden. Wie kommt es, daß die Universität Göttingen viel ungünstiger steht als Greifswald, da sie doch vermöge des für sie bestimmten Klosterfonds viel günstiger stehen müßte? Trotz dieses Fonds hat die hannöversche Regierung dieser Universität immer Zuschüsse bewilligt, weil derselbe auch zu den Bedürfnissen des allgemeinen Schulwesens verwandt wurde. Jetzt scheint in der Regierung eine Differenz eingetreten zu sein, ob das Finanz- oder Cultusministerium diesen Fonds zu verwalten hat. Ich hoffe aber, daß dafür gesorgt werden wird, daß die Universität Göttingen bei dieser Sachlage nicht schlechter fahre, als die anderen.

Abg. Lasker: Aus den Worten des Herrn Cultusministers scheint mir hervorzugehen, daß von den Marburger Professoren der Nationalökonomie der eine tauglich ist, der andere nicht. Wenn dies wirklich der Fall ist, so ist es das Einfachste, den einen wegfallen zu lassen. Es scheint mir doch sehr wunderlich, daß wir die Positionen für beide bewilligen sollen, obwohl der eine durch Unfähigkeit, der andere durch Geschäfte seinen Amtspflichten ununterbrochen entzogen wird. Sehr auffällig ist mir nun die Aeußerung des Herrn Finanzministers gewesen, nach welcher ihn die Stellung des Referenten als Mitglied der äußersten Linken zweifelhaft gemacht hat, ob er seine Worte beantworten soll oder nicht. (Hört! hört!) Der Referent, welcher als der beste Kenner der Universitätsverhältnisse bekannt ist, hat nur das wiedergegeben, was in der Commission verhandelt worden ist. Man hat dort allgemein anerkannt, daß seit dem Eintritt des jetzigen Finanzministers in die Verwaltung und dem gleichzeitigen Aufschwunge der finanziellen Zustände, für die Universitäten mehr gethan worden ist als früher.

Aber man hat nicht geglaubt, daß es genüge, in Bezug auf Universität nicht allein, sondern auf alle Institute der Wissenschaft und schönen Künste, unsere Schuld dem Lande gegenüber durch bloße Additions- und Subtractions-Exempel abzutragen. Vielmehr glaubte man zunächst feststellen müssen, daß Kunst und Wissenschaft in allen ihren Zweigen bisher in Preußen alle Zeit sehr schwer vernachlässigt worden sind, und zwar deshalb, weil unser Etat zu sehr belastet gewesen ist von den schwierigen Aufgaben des Militäretats und wir nicht dazu gekommen sind, für die schöneren Aufgaben der Nation entsprechende Positionen auszuwerfen. Jetzt aber, wo die Belastung auf das Reich übergegangen ist, ist es unsere Aufgabe, die Bedürfnisse fortwährend zu prüfen und trotz des anscheinend günstigen Exempels, das der Herr Finanzminister gemacht hat, fortwährend daran zu erinnern, was in Preußen für Künste und Wissenschaften noch zu thun übrig bleibt. Wenn nun dies der Referent eben gethan hat, so hat er damit nicht nur den Standpunkt der äußersten Linken, sondern die Gefühle aller Seiten des Hauses ausgedrückt. (Beifall.) Wir haben aus der Rede des Abgeordneten Krech so eben ersehen, daß noch durchaus nicht mit dem Schwunge verfahren wird, der zur Hebung der Universitätsverhältnisse nothwendig ist. Bei den Extraordinarien wird dem Hause ein Antrag unterbreitet werden, welcher fordert, daß uns endlich einmal über die Bedürfnisse namentlich der Berliner Universität ein Gesammttableau vorgelegt werde. Meine Herren, diese Aufgaben sind so dringender Natur, daß wir, ohne den Herrn Minister tadeln zu wollen, fort und fort drängen zu müssen glaubten, dieselben endlich einmal zu würdigen und an sie heranzuschreiten. Sie werden noch später im Etat die Gelegenheit haben, auch in Bezug auf die Akademieen der Künste und der Wissenschaften, Museen 2c. die üblen Vernachlässigungen der Vergangenheit zu sehen.

Die Summe, um die sich nach der Mittheilung des Herrn Ministers die Ausgaben für Universitäten gesteigert haben, ist gar nicht so bedeutend, wenn man bedenkt, wie auf anderen Gebieten mit Summen von 500,000 Thalern verfahren wird. Wir sind gewohnt gewesen, für die Militärlast des Landes immer bis auf die äußerste Grenze zu leisten, was wir leisten konnten. Wir freuen uns, daß dieser Etat aus dem Landtage ausgeschieden ist und daß wir einen neuen Etat an dem des Cultusministeriums erhalten haben, dem wir unsere Aufmerksamkeit und Vorliebe zuwenden. Gerade um diesen Etat aber hat sich der Referent durch sein stetes Drängen und Erinnern an die Aufgaben, die hier zu erfüllen sind, am meisten verdient gemacht und es schien mir nicht am Platze, ihn deswegen zu tadeln. (Beifall.)

Der Finanzminister: Meine Aeußerungen von vorhin sind gründlich mißverstanden worden. (Oho! links. Heiterkeit.) So aufmerksam der Vorredner dem Vortrage des Referenten zugehört haben mag, möchte ich es doch für wahrscheinlich halten, daß die verschiedenen Nadelstiche, die gegen meine Person darin enthalten waren, seiner Aufmerksamkeit entgangen sind. Als solche Nadelstiche will ich bezeichnen „die Kärglichkeit des Finanzministers betreffs der Wohnungsgeldzuschüsse“. Diese Zuschüsse beruhen auf einem Gesetz, das dieses hohe Haus beschlossen, dem die Krone zugestimmt hat. Innerhalb dieses Gesetzes muß ich mich bewegen und ich nehme für mich in Anspruch, daß alle meine darauf bezüglichen Anordnungen seinem Wortlaut und Geist entsprechen. Nur auf diese einzelnen Nadelstiche haben sich meine Aeußerungen bezogen. Um Uebrigen habe ich mich schon öfter darüber ausgesprochen, daß ich gerade ein Förderer der Ausgaben für Wissenschaft und Kunst bin, und ich glaube, daß es dem Hause nicht leicht gelingen wird mit seinen Anforderungen über das Ziel hinauszugehen, welches ich mir selbst gesteckt habe.

Der Cultusminister: Ich habe die beiden Professoren in Marburg in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit mit einander in keiner Weise verglichen. Der Eine hatte seit Jahren keine Vorlesungen gehalten, und sein Versuch wieder damit anzufangen, ist mißlungen; der Andere, der ebenfalls seit mehreren Jahren keine Vorlesungen gehalten hat, hat es sogar nicht für nothwendig gehalten, überhaupt wieder nach Marburg zurückzugehen. Bei dem vorhandenen Bedürfnisse aber muß ich dafür sorgen, daß bei eintretender Gelegenheit ein anderer Lehrer nach Marburg gesendet wird; die Möglichkeit dazu entziehen Sie mir, wenn Sie den Antrag der Commission annehmen.

Referent Abg. Dr. Virchow: Ich bedaure, daß der Herr Finanzminister meine Aeußerungen als Nadelstiche aufgefaßt hat; ich hatte gehofft, daß sie etwas tiefer eindringen und einen Effect hervorrufen, einen Eindruck auf sein Herz machen würden. (Heiterkeit.) Wenn ich beabsichtigte dem Herrn Finanzminister nur irgend eine Unbequemlichkeit zu machen, so würde ich als Berichterstatter eine Ungeschicklichkeit gezeigt haben, die mir bis jetzt noch nicht nachgesagt worden ist. Seine Aeußerung in Beziehung auf meine Stellung auf der äußersten Linken ist mir nach seiner zweiten Rede unverständlich geworden. Aus seiner Erfahrung sollte er aber wissen, daß auch die äußerste Linke eine starke Stütze für die Regierung sein kann. Er meinte nun, er sei in Betreff der Wohnungsgeldzuschüsse an das Gesetz gebunden; das Gesetz hat aber gewisse Categorien gemacht und für eine bestimmte Zahl von Personen, z. B. auch die Gymnasiallehrer, dem Finanzminister die Bestimmung überlassen, zu welcher Categorie sie zählen sollen. Wenn ich nun darauf hinwies, daß eine ganze Reihe von Beamten in eine zu niedrige Categorie gesetzt sind, so glaubte ich mich an die richtige Adresse zu wenden.

Dann kann ich auch noch anführen, daß die Vertreter anderer Ministerien auch des Cultusministeriums oft in der Lage sind, zu erklären: diese oder jene Forderung ist bei dem Finanzminister angemeldet, aber nicht acceptirt worden. Die Stellung des Finanzministers wird dadurch nicht alterirt, daß wir hier Mängel und Lücken bezeichnen. Wenn wir dem Finanzminister dankbar sind, so geschieht dies deshalb, weil er mit offenem Blicke den Wünschen dieses Hauses nachkommt. Diese Erfahrung ermüdet uns nicht, daß wir nun warten, bis er selbst überall hinsehen wird; sondern es ist gut, wenn seine Aufmerksamkeit auch auf diesen oder jenen Punkt hingelenkt wird, den er selbst nicht bemerkt. Was nun die Aeußerungen des Abgeordneten Miquel hinsichtlich der Universität Greifswald angeht, so will ich ihm erwidern, daß dieselbe doch nicht so selbstständig über ihren Grundbesitz verfügen könne, wie der Abg. Miquel zu glauben scheint, so daß selbst die kleinste Angelegenheit den Weg bis zum Cultus- und Finanzminister machen müsse. Nun noch die Marburger Angelegenheit. Wenn der Herr Cultusminister daran denkt, eine Vacanz abzuwarten, so möchte ich doch bemerken, daß die ruhige und beschauliche Stellung, welche jene Herren jetzt einnehmen, nicht eben zur Abkürzung des Lebens beizutragen pflegt. (Heiterkeit.) Wenn der Herr Cultusminister also für das Bedürfniß der Studenten sorgen will, wird er wohl noch eine dritte Professur für Nationalöconomie errichten müssen. Ich glaube aber, das Haus hat keine Veranlassung, dies unglückliche Verhältniß fortbestehen zu lassen.

Darauf werden sämmtliche Positionen mit den Anträgen der Budgetcommission genehmigt.

Einen Antrag betreffend die Verbindung der landwirthschaftlichen Anstalten bei Bonn und Greifswalde mit den Universitäten daselbst, den der Abg. Virchow für seine Person stellt, zieht derselbe zurück, da der Regierungscommissar Geh. Rath Greiff in einem der Tendenz des Antrages günstigen Sinne den gleichlautenden Beschluß des Hauses vom 6. December 1873 für ein genügendes Compelle erklärt.

Capitel 124 enthält die Etats für Gymnasien und Realschulen, Titel 4 die Zuschüsse für die vom Staate zu unterstützenden Anstalten, Titel 5 die Position zur Erfüllung des Normaletats von 1872 bei Gymnasien und Realschulen 1. Ordnung und zu Besoldungsverbesserungen für technische Hilfs- und Elementarlehrer an diesen Anstalten, sowie für die Dirigenten und Lehrer an allen höheren Unterrichtsanstalten. Zu Titel 4 beantragt Schroeder (Lippstadt), die Staatsregierung aufzufordern: Auf die Durchführung des Normal-Besoldungs-Etats beim Gymnasium zu Brilon Bedacht zu nehmen und die dazu erforderlichen Mittel bei Aufstellung des Etats pro 1875 dadurch bereit zu stellen, daß der Staatszuschuß für Brilon auf mindestens 3500 Thlr. gebracht wird. Zu Titel 5 beantragt die Budget-Commission folgenden Vermerk hinzuzufügen: „Aus diesem Fonds können auch, insoweit sich hier ein Bedürfniß herausstellt, den nicht ausschließlich vom Staate unterhaltenen höheren Unterrichts-Anstalten behufs Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Dirigenten und Lehrer, Beihilfen ertheilt werden.“

Referent Miquel bedauert, daß der Normaletat noch nicht an allen höheren Unterrichts-Anstalten durchgeführt sei, weil sich allerdings vielfach erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt hätten. Doch sei zu hoffen, daß in diesem Jahre energisch an die Durchführung des Normaletats gegangen werden würde, und sei dies auch in Rücksicht auf die allgemeine Theuerung dringend nöthig. Wenn gegen den früheren Etat diesmal eine erhebliche Mehrforderung gemacht werde, so rühre dies hauptsächlich daher, daß mehrere früher von Communen unterhaltene Gymnasien vom Staat übernommen worden seien. Im Princip sei dies zwar zu verwerfen, da gerade eine Concurrenz mit Privat- und Communal-Anstalten sehr heilsam auf die Fortschritte der höheren Unterrichts-Anstalten wirke. Indessen habe die Regierung ihre Handlungsweise damit zu rechtfertigen gesucht, daß sie überhaupt die Existenz jener Anstalten habe retten wollen, da die betreffenden Communen sich außer Stande erklärten, dieselben noch weiter zu unterhalten.

Abg. Lucius erklärt sich gegen den zu Titel 5 gestellten Antrag, nicht als ob er die Tendenz verwerfe, sondern weil ein Vermerk an dieser Stelle zu Consequenzen führe, die von der Commission gar nicht beabsichtigt seien. Es werde damit nämlich gerade auf die Communen, welche trotz aller Schwierigkeiten höhere Unterrichtsanstalten unterhielten, ein Druck ausgeübt, den Normaletat durchzuführen und Serviszuschüsse an die Lehrer zu ertheilen, so daß ihre Belastung dadurch noch größer würde. Derartige Reformen solle man nicht einzeln vornehmen, sondern bis zum Erlaß des in aller Kürze erscheinenden allgemeinen Unterrichtsgesetzes aufschieben.

Abg. Kallenbach wünscht, daß der Bau eines Gymnasiums zu Straßburg noch in diesem Jahre begonnen werden möge, da das provisorische Gebäude durchaus nicht den Bedürfnissen genüge. Da die Regierung den Bau eines Gymnasiums in Straßburg ernstlich beabsichtige, werde es ihr auch möglich sein, die lediglich formalen Schwierigkeiten, die dem Bau noch in diesem Jahre entgegenständen, zu beseitigen. Ferner wünscht der Redner auch die Einrichtung des jüdischen Religionsunterrichtes in Straßburg.

Geh. Rath Dahrenstedt erwidert, daß es gegenwärtig nicht einmal möglich sei, einen Kostenüberschlag für den fraglichen Bau zu machen, geschweige denn die Position in den Etat aufzunehmen. Ja es sei fraglich, ob bei der Menge der noch vorzunehmenden oder bereits in Angriff stehenden Bauten auch im Etat für 1875 eine Baurate für das Gymnasium in Straßburg werde ausgeworfen werden können. Die Einrichtung des jüdischen Religionsunterrichts werde von 1875 ab erfolgen.

Die Abgg. Graf Bethusy-Huc und Techow weisen darauf hin, daß in Folge der gleichzeitigen Berathung sämmtlicher Titel bereits die verschiedensten Dinge zur Sprache gebracht worden seien, so daß sich die Debatte zu verwirren drohe. Es empfehle sich daher die Titel einzeln zu berathen.

Der Präsident stellt, diesem Antrag folgend zunächst Titel 1 zur Berathung, welcher die vermöge rechtlicher Verpflichtung an Gymnasien zu zahlende Positionen enthält.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst. Das Haus wird sich erinnern, daß der Herr Cultusminister jede Art von religiösen oder kirchlichen Vereinen unter den Gymnasiasten an den katholischen Gymnasien verboten hat, obgleich diese Verbindungen lediglich den Zweck hatten, die jungen Leute zur eifrigen Erfüllung ihrer religiösen Pflichten anzuhalten und sie moralisch zu heben. Selbst Vereine, die den Zweck hatten, Geldbeiträge zu sammeln, um arme Negerkinder aus der Sclaverei zu kaufen, sind als staatsfeindlich unterdrückt worden. Nun der Gegensatz. Inzwischen hat sich unter den Gymnasiasten sehr vieler deutscher Gymnasien eine Verbindung gebildet, unter dem Namen Walhalla. Diese Verbindung ist eine Vereinigung von Gymnasiasten, die ihren Gesinnungen Ausdruck geben in einem Preßorgane „Walhalla“ genannt, welches die literarischen Beiträge der Mitglieder aufnimmt. Diese Verbindung entstand auf Anregung von Gymnasiasten aus Magdeburg und zwar zu dem Zwecke, ihrerseits zur Entwickelung des neu gegründeten deutschen Reiches mitzuwirken. Meine Herren, beachten Sie wohl! Gymnasiasten, was man gewöhnlich Pennäler nennt. (Heiterkeit.) Der Gedanke fand Anklang; es wurde ein Präsidium in Berlin gegründet und für die einzelnen Bezirke sogenannte Censurcollegien, welche die literarischen Leistungen der

Gymnasiasten zu prüfen und über die Aufnahme in das Vereinsorgan zu entscheiden hatten. Die Verbindung dehnte sich selbst über die Grenzen von Deutschland hinaus nach Böhmen und den österreichischen Kronländern bis nach Siebenbürgen aus. Die eigentliche Tendenz wird Ihnen klar werden durch literarische Beiträge der jungen Leute.

So spricht z. B. das Treptower Censurcollegium sein Bundesbekenntniß dahin aus: „Wir begrüßen in einem Bunde deutscher Gymnasiasten zumeist das deutsche Unternehmen, und in diesem Sinne sehen wir die Walhalla als Unternehmen von sittlicher und auch politischer Bedeutung an. (Heiterkeit.) Nun kommen die Sachsenjünglinge aus Siebenbürgen, die sich selbst so nennen und sagen: Möge die Walhalla bestehen bei allen heiligen, deutschen Göttern! Wir fühlen, was uns fehlt, wohin es uns zieht. Wir haben erkannt, was wir thun können und müssen, und was zunächst an uns, der Jugend hängt, auf der die Zukunft — es ist nicht zuviel gesagt — unseres Sachsenlandes liegt. Ein Thorner Denker, natürlich immer ein Gymnasiast, spricht sich wie folgt aus: Ja, wir sind Götter der Erde! (Heiterkeit) wir sind ja ewig, denn die Natur kann auf kein Atom verzichten, das einmal im Weltall kreist. Sterben wir jetzt, so finden und vereinigen sich unsere Atome wieder zu einem neuen Menschen und besser und klarer existiren wir dann von Neuem. (Hört!) Am Schlusse ruft dieser Thorner Denker aber aus: Man möchte verzweifeln und rasen und wüthen gegen sich selbst und gegen Alles. (Heiterkeit.) Wahrscheinlich stand der Jüngling vor dem Abiturienten-Examen. (Heiterkeit.) Nach der religiösen Seite hin wird in einem Aufsatz die Hoffnung ausgesprochen, daß von unserem Vaterlande aus die Umgestaltung des Christenthums zu einer besseren und edleren Form vor sich gehen würde. (Hört! im Centrum.) Ganz beachtenswerth aber ist das Gebiet der Novelle in dieser „Walhalla". Unter anderen finden Sie da eine Erzählung, worin dargestellt wird, daß zwei Offiziere in einer Menageriebude zwei junge Mädchen von einnehmender Gestalt erblicken, welche mit lebenden Schlangen umwunden sind. (Redner wird von Rufen: zur Sache! unterbrochen und der Präsident stellt seinem Takt anheim, das Citiren noch weiterer Stellen möglichst abzukürzen.)

Ich will also kurz sein: Die betreffende Novelle behandelt eine gewöhnliche Liebesgeschichte wie auch eine andere „am Scheidewege", in der sich ein zartes Verhältniß zwischen einem Berliner Primaner und seiner Base Adelheid abspielt. (Große Heiterkeit.) Dann muß ich noch die Poesie erwähnen, worin besonders das Liebesgedicht stark betrieben wird; eine Stelle lautet:

O mein Mädchen, weine, weine,
Nur verschone weinend mich!
O mein Mädchen, greine, greine,
Aber nur nicht gegen mich!
Liebe gebe! Liebe empfange!

(Große Heiterkeit). Von dem Darmstädter Censurcollegium ist beantragt worden, auch junge Damen als Walhallistinnen aufzunehmen, um dadurch den Uebelstand zu vermindern, daß man die Realschüler als Walhallistin zugelassen habe. (Heiterkeit.)

Es scheint, daß die Gymnasiasten auf die Realschule etwas von oben herabsehen. Ich bezweifle ja nicht, daß in dieser Zeitschrift auch recht gute Sachen vorkommen mögen, aber nach dem Vorgetragenen und nach der vorherrschenden Tendenz, welche sich darin findet, ist nicht zu bestreiten, daß der Inhalt der „Walhalla" Politik umfaßt, daß man einen nackten Materialismus darin ausgesprochen findet, sowie eine große Summe von Blödsinn und Frivolität. Mir scheint, daß der Cultusminister verpflichtet ist, zur Beruhigung der Eltern, die Söhne auf dem Gymnasium haben, eine derartige Vereinigung nicht zu gestatten, und wenn sie besteht, zu unterdrücken. Es heißt, daß die Walhalla, welche 3000 Abonnenten unter den Gymnasiasten hat, mit Zulassung der höchsten Behörde, ja des Cultusministers selbst — es wurde sogar gesagt, unter seiner Zustimmung bestände. Ich erwarte, daß der Cultusminister dies widerlegen wird.

Der Cultusminister: Die Ausführungen des Herrn Vorredners kommen etwas post festum. Allerdings wurde vor etwa 1½ Jahren von den Schulbehörden zu Magdeburg die Anfrage an mich gerichtet, ob es statthaft sei, den Gymnasiasten die Herausgabe gewisser wissenschaftlicher Aufsätze zu gestatten, und es wurde vom pädagogischen Standpunkte hinzugefügt, daß, wenn die angemessenen Grenzen inne gehalten würden, man derartige Beschäftigungen nicht unterdrücken solle, weil sie nützlicher als viele andere Beschäftigungen seien. Darauf ist meine Meinung dahin gegangen, daß ein bloßes Erlauben keine Garantie dafür enthalte, daß die Sache auch in den gehörigen Grenzen bleibe, und daß es erforderlich sei, daß die Arbeiten unter Controle des Directors ständen. Ich habe also erklärt, daß, wenn mehrere Directoren und Lehrer sich dazu hergeben würden, die Arbeiten der Schüler zu überwachen, ihre Publication erfolgen könne. Inzwischen sind diese Mittheilungen, die der Herr Vorredner machte, — nicht die in Bezug auf Oesterreich und Siebenbürgen, diese waren mir neu, — bekannt geworden, und nachdem ich Kenntniß davon erhalten hatte, bin ich sofort in nähere Erörterung der Sache getreten. Durch diese wurde allerdings constatirt, daß die alleinige Bedingung, unter welcher ich das Unternehmen gestattete, nämlich die Mitwirkung der Lehrer und Directoren nicht erfüllt worden ist, und wird dies wohl das Ende der Walhalla sein.

Titel 1 wird darauf vom Hause genehmigt.

Abg. Kantak beschwert sich in eingehendster Weise über die Zustände an den Gymnasien der Provinz Posen, namentlich darüber, daß thatsächlich kein religiöser Unterricht mehr existire, eine Folge davon, daß die Regierung kein Verständniß für die katholische Religion besitzt und die selbstverständliche und natürliche Berechtigung der polnischen Nationalität zu eliminiren strebt. Das Verfahren des Erzbischofs von Posen hinsichtlich des religiösen Privatunterrichts sei völlig zu billigen, er habe damit nur seine Pflicht gethan, und sei es nicht zu rechtfertigen, hier von Eingriffen desselben in Anordnungen des Staates zu sprechen. An dem Marien-Gymnasium zu Posen werde aber das polnische Element im Lehrerpersonal planmäßig unterdrückt.

Der Cultusminister: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf alle die allgemeinen Gesichtspunkte eingehe, die der Vorredner angeregt hat. Ich fasse seine Aeußerungen nur als Ergänzung zu der Lubienski'schen Interpellation auf, die ihm durch den Schluß der Discussion abgeschnitten wurde. Der Abgeordnete findet mich nicht unvorbereitet. Den Brief des Caplan, welchen er vorgelesen, kenne ich schon aus der „Germania"; derselbe ist seinem Style nach in deutscher Sprache allerdings sehr gewandt und sogar pikant abgefaßt. Allein meine Information kommt von amtlicher Seite und es wird mir mitgetheilt, daß der Caplan sichtlich vermeide, sich der deutschen Sprache zu bedienen. Was nun das Mariengymnasium in Posen betrifft, so halte ich mich für verpflichtet, deutsche Lehrer an demselben anzustellen, weil das Mariengymnasium bis jetzt die Stätte eines unberechtigten Polonismus war. (Bewegung auf den Bänken der Polen.) Uebrigens habe ich die letzten beiden Versetzungen rückgängig gemacht, weil mir die Versetzung von 6 Lehrern genügend schien. Was nun noch die Inspectorstelle betrifft, so ist dieselbe gegründet worden, weil der Director noch ein Amt bekleidete und so seine Pflichten nicht vollständig erfüllen konnte; es ist aber dem damit betrauten Lehrer ad protocollum erklärt worden, daß er sich auch gefallen lassen müsse, daß, wenn der Director das Nebenamt nicht mehr habe, ihm die Stelle und auch die Remuneration entzogen würde. Dieser Fall ist eingetreten und somit habe ich es für meine Pflicht gehalten, die Stelle vom Etat abzusetzen.

Die Position wird genehmigt.

Abg. Schröder (Lipstadt) spricht für seinen Antrag zu Gunsten des Gymnasiums in Brilon und verweist auf die 4000 Thlr., die dem in Attendorn zugewendet werden. Freilich sind an dem letzteren zwei altkatholische und zwei staatskatholische Lehrer angestellt. (Heiterkeit.) Die letztere Bezeichnung erscheint Ihnen seltsam, aber sie hat bereits eine officiöse Bedeutung erlangt und das Haus soll nicht überrascht sein, wenn ihm im nächsten Etat eine Dotation für einen neuen staatskatholischen Bischof abgefordert wird. Im Parlaments-Almanach liest man bereits unter den biographischen Notizen: „Abgeordneter Haucke, Staatsanwalt in Luckau, geboren in Patschkau, Staatskatholik." (Große Heiterkeit.)

Abg. Haucke ist ganz damit zufrieden, wenn er im Allmanach als Staatskatholik, also als confessioneller Gegner der Herren vom Centrum aufgeführt ist. Der Vorredner scheint sich darüber geärgert zu haben. „Durchaus nicht", erwidert Abg. Schröder und hört zum ersten Male, daß die Staatskatholiken confessionelle Gegner der Römisch-Katholischen sind.

Geh. Rath Dahrenstedt erklärt den Antrag zu Gunsten Brilons für unannehmbar, weil nach den Statuten des dortigen Gymnasiums der Director, der erste Oberlehrer und drei andere Lehrer katholische Geistliche sein müssen. Der Staat hat für eine solche Anstalt ebenso wenig Mittel zur Verfügung, wie für die lutherische in Gütersloh, die durch ihre Stiftungsurkunde in ähnlicher Weise beschränkt ist.

Auf den Antrag des Abg. Lasker, der es für unmöglich erklärt, mit der Etatsberathung fertig zu werden, wenn in der Budgetcommission abgethane Anträge in diesem Stadium der Berathung noch einmal eingebracht werden, geht das Haus über den Antrag Schröder zur Tagesordnung über.

Zu Titel 5 (183,702 Thlr. zur Erfüllung des Normaletats vom 20. April 1872) bemerkt Ref. Miquel: die Frage, inwieweit der Staat zur Erhaltung der höhern Schulen verpflichtet sei, und inwieweit die Communen heranzuziehen, sei ja streitig, doch sei es wohl die Pflicht des Staates, in möglichst weitem Maße den Communen entgegenzukommen; und hierdurch sei die Commission bewogen, jenen Vermerk hinzuzusetzen.

Abg. Lucius ist mit der Tendenz des Antrages einverstanden, meint aber, daß die Staatsregierung nach Gesetz und Verwaltungspraxis nicht in der Lage sei, so zu verfahren.

Abg. Bethusy-Huc und Eberty treten dieser Ansicht entgegen. Nachdem Geh. Rath Scholz unter Bezugnahme auf seine Erklärungen in der Commission auf das Bedenkliche des Antrages aufmerksam gemacht, und der Abg. Techow nochmals auf die moralische Verpflichtung des Staates hingewiesen hat, bemerkt der Finanzminister, daß die Regierung jeglichen Antrag der Communen in dieser Beziehung auf das Wohlwollendste aufgenommen habe und auch in Zukunft aufnehmen werde. Zur Annahme des Normaletats hätten sich viele Communen noch nicht entschließen können, und die Regierung besitze kein Mittel, sie dazu zu zwingen: es könne aber in der Annahme dieses Vermerkes die Verpflichtung der Commune gesehen werden, außer Annahme des Normaletats auch die Wohnungsgeldzuschüsse zu bewilligen, auch wenn die betreffende Commune nicht in den Verhältnissen dazu ist. Die Staatsregierung setze dem Princip des Antrages keinen Widerspruch entgegen, da in einzelnen Fällen die thatsächliche Nothwendigkeit zu einer solchen Staatshilfe allerdings leicht möglich sei und der Antrag eine Autorisation enthalte, von der im einzelnen Falle Gebrauch zu machen sei.

Referent Miquel spricht seine Freude darüber aus, daß die Regierung geneigt ist, den Communen bei der Errichtung höherer Lehranstalten zu helfen.

Die Position wird hierauf unter Annahme des von der Budgetcommission beantragten Vermerkes genehmigt.

Um 4¾ Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Mehrere kleine Gesetzentwürfe. Etat des Cultus-Ministeriums und der Eisenbahn-Verwaltung.) Für Sonnabend steht eine Abendsitzung in Aussicht; am Montag fällt die Sitzung am Tage des katholischen Feiertags wegen aus, dagegen wird nach einer Verständigung mit dem Centrum eine Abendsitzung stattfinden.

Berlin, 30. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major Freiherrn von Willisen im Generalstabe der 20. Division den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Hauptmann und Compagnie-Commandeur von Kleist und dem Ober-Lazarethgehilfen Wilhelm Quandt, beide im Pommerschen Pionnier-Bataillon Nr. 2, dem Seconde-Lieutenant Weber im Schlesischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 6, Divisions-Artillerie, dem Sergeanten Biehnsen im Oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 und dem Gefreiten Hemmerling im Großherzoglich Mecklenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 14 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben zu richterlichen Mitgliedern des Reichs-Eisenbahn-Amts ernannt: den königlich sächsischen Ober-Appellations-Rath Freiherrn von Friesen zu Dresden und für den Fall der Behinderung desselben den Richter Dr. Meier, Mitglied des Obergerichts in Bremen; sowie den königlich würtembergischen Ober-Tribunals-Rath Freiherrn von Holzschuher zu Stuttgart und für den Fall der Behinderung desselben den Großherzoglich Mecklenburgischen Justiz-Rath Tiedemann, Mitglied der Justiz-Canzlei zu Güstrow.

Der bei der Königlichen Eisenbahn-Direction in Hannover beschäftigte bisherige Amtsgerichts-Assessor Joseph Busch ist zum Regierungs-Assessor ernannt worden. Der Cataster-Controleur Dodt zu Minden ist zum Steuer-Inspector ernannt worden.

Dem Fabrikanten Eigel u. Lesemeister zu Köln ist unter dem 24. Januar 1874 ein Patent auf eine Eismaschine auf drei Jahre ertheilt worden. Dem Maler und Zeichenlehrer an der Realschule A. Hasselbring zu Perleberg ist unter dem 24. Januar 1874 ein Patent auf ein Instrument für das Perspectivzeichnen auf drei Jahre ertheilt worden.

Se. Majestät der König hat die Kammerherrn Graf von Kleist auf Wendisch-Tychow im Kreise Schlawe und von Usedom hierselbst zu Ceremonienmeistern und den Kreisrichter und Abtheilungs-Dirigenten Braune in Suhl zum Kreisgerichts-Rath ernannt; sowie dem Kreisgerichts-Secretär und Canzlei-Director Merten zu Rosenberg W.-Pr. bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath verliehen.

Berlin, 30. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den stellvertretenden Gouverneur, General der Infanterie von der Armee von Stülpnagel, den mit Führung der 22. Division beauftragten General-Major von Blumenthal, den General-Intendanten von Hülsen und den Polizei-Präsidenten v. Madai. — Nach der Spazierfahrt ertheilten Se. Majestät dem Königlich baierischen Gesandten, Freiherrn Pergler, von Perglas und dem Königlich sächsischen Gesandten von Nostitz-Wallwitz Audienzen.

Heute Abend findet im Königlichen Schlosse ein großes Concert statt, zu welchem die hier anwesenden Fürstlichkeiten, die Botschafter, das diplomatische Corps und fremde wie einheimische Gäste geladen sind. (Reichsanz.)

♂ [Hoffest.] Zum ersten Male findet heute am Hofe eine Festlichkeit statt, durch welche derselbe aus der strengen Trauerfeier heraustritt. Es wird damit in würdiger Weise ein Uebergang in die normalen Verhältnisse angebahnt, indem die Festlichkeit zugleich als eine Erinnerungsfeier an das jüngst verstorbene Mitglied des Königshauses sich darstellt. Das Fest, welches in einem geistlichen Hofconcert besteht, wird auch in den Gemächern stattfinden, welche den Namen der Königin Elisabeth tragen.

[Proceß Hessels.] Dieser hochinteressante Proceß gelangte gestern in zweiter Instanz vor dem hiesigen Kammergericht zur Verhandlung. Den Vorsitz führt der Kammergerichts-Vicepräsident von Mühler; den Gerichtshof bildeten außerdem die Kammergerichts-Räthe Torgany, Beneke, Schönstedt und Kessel; als öffentlicher Ankläger fungirte der Oberstaatsanwalt Feige; als Vertheidiger außer Rechtsanwalt Munckel noch Rechtsanwalt Deycks.

Der Audienztermin vor dem Stadtgericht fand am 6. December v. J. statt, und wurde damals die Angeklagte, Lehrerin Elisabeth Hessels, wegen wissentlich falscher Denunziation des jetzigen Regierungspräsidenten, früheren Berliner Polizei-Präsidenten von Wurmb zu 2 Jahren Gefängniß und zwei Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Der Referent berichtet in höchst eingehender Weise (sein Bericht währte beinahe 1½ Stunden) über den bisherigen Gang des Processes und über das in demselben in erster Instanz gefällte Urtheil, welches sich zumeist darauf begründe, daß der Angeklagten nicht gelungen sei, den Beweis der Unwahrheit der Aussagen des Herrn v. Wurmb zu erbringen, und daß die von ihr gegen Herrn v. Wurmb eingereichte Denunziation materiell unbegründet sei. Der erste Richter habe als Motiv der Handlung der Angeklagten Geldinteresse angenommen, nachdem der anfänglich aufgestiegene Verdacht, die Angeklagte leide an einer gewissen Störung der Geisteskräfte, sich sowohl durch die Verhandlung selbst nicht bestätigt habe, als auch die medicinischen Sachverständigen kein dahinzielendes Gutachten abgegeben hätten. Der Referent wies dann auf manche sich aus den Akten ergebende Punkte hin, auf die in dem Urtheil der ersten Instanz nicht Rücksicht genommen wäre, so z. B., daß von den 10 oder 11 Polizeibeamten, die sich zur Zeit des angeblichen ersten Attentats im Vorzimmer des Polizeipräsidenten befunden hätten, nur 5 vernommen wären; daß die Angeklagte nach ihrer Behauptung sich zu der Zeit, an welcher sie der Aussage des Herrn v. Wurmb zufolge, diesem mehrere Besuche abgestattet haben soll, sich nicht in Berlin, sondern bei der Gräfin Solms befunden; daß sie dort einem Fräulein Berg gleich Mittheilungen über ihren Krankheitszustand gemacht habe; auch ein Fräulein Döhl sei im Audienztermin nicht vernommen, die in der Voruntersuchung ausgesagt, daß die Angeklagte, als sie dieselbe kurz nach einem Besuche des Hrn. v. Wurmb gesehen, ihr sehr verstört vorgekommen sei, über Leibschmerzen geklagt und ihr mitgetheilt habe, daß ein hoher Herr sie angegriffen. Auch Dr. Lövinsohn sei nicht vernommen und habe derselbe in der Voruntersuchung ausgesagt, daß die Angeklagte, die sich zuerst gar nicht von ihm hätte untersuchen lassen wollen, ihm erst, nachdem er ihr mitgetheilt, daß sie an einem Nabelbruch leide, gestanden, daß eine hohe Persönlichkeit, von der sie mit leidenschaftlicher Bitterkeit gesprochen, sie angegriffen habe, und sie es für ihre Pflicht hielte, ihr ganzes durch ihn an ihr beleidigtes Geschlecht an ihm zu rächen.

Aus der Appellations-Rechtfertigungsschrift führte der Referent dann Folgendes an: das Interesse der Angeklagten wie das des einzigen Belastungszeugen v. Wurmb sei ein gleich großes, daher ein non liquet — die Sache ist nicht aufgeklärt — und in Folge dessen die Freisprechung der Angeklagten könnten die Angaben des Herrn v. Wurmb gegenübergestellt werden, die mindestens eben so unwahrscheinlich wären. Was den der Angeklagten vom ersten Richter gemachten Vorwurf des Nichtschreiens betrifft, so sei dem ihre Nichtbefähigung zum Schreien entgegenzusetzen; daß sie sich nicht in den eingetretenen Pausen entfernt, beruhe darauf, daß die Pausen in den Attacken sehr kurz gewesen, daß sie außerdem durch die Angriffe auf ihre Person und deren Abwehr ungemein erschöpft gewesen. Als fernere Beweisanträge werden gestellt: 1) die Vernehmung des Kanzlei-Secretärs Lay in Molsheim (im Elsaß); es ist dies derjenige Beamte, der die Thür zu dem Sprechzimmer des Herrn v. Wurmb geöffnet und diesen mit der Angeklagten in einer äußerst delikaten Position gesehen haben soll. 2) Beweis darüber, daß die Angabe des Herrn v. Wurmb, er habe die Schneider Deicke-schen Eheleute (bei denen die Angeklagte eine Zeit lang gewohnt) vorher nicht gekannt, eine unrichtige sei, denn Herr v. Wurmb habe bei den Deicke-schen Eheleuten längere Zeit die Bonne seiner Familie, Elise, eingemiethet gehabt. (Schluß folgt.)

Der Gerichtshof resolvirte nach fünfstündiger Verhandlung auf weitere Beweisaufnahme. Das Gesuch der Angeklagten auf vorläufige Entlassung aus der Haft wurde abgelehnt. (Berl. Tgbl.)

[Telegraphenstörungen.] Es sind noch gestört die Telegraphenleitungen nach Königsberg, Insterburg, Warschau, Posen, Danzig und Bromberg. Theilweise Störungen sind vorhanden auf den Linien nach Frankfurt a. M., Paris, Brüssel, Amsterdam, Köln, Hannover und Stettin.

Aus Mecklenburg, 27. Jan. [Die Bewegung in Bezug auf die Verfassungsfrage] schlägt immer stärkere Wellen. Soeben erscheint: „Die ständische Basis von Julius v. Maltzan." Der Verfasser sieht bereits den Weltuntergang, er will deshalb retten, was zu retten ist, vor Allem „die christliche Ehe und die christliche Obrigkeit, beide in ihrer vollen Autorität." Wenn ich nun den Schluß dieser kleinen Schrift hinzufüge, nämlich: „Alt Mecklenburg heißt meine Fahne. Habe ich so lange bei ihr gestanden, als sie hoch flatterte, und sollte sie jetzt verlassen und verrathen, da sie bedrängt wird? Nein, jetzt, grade jetzt gilt es, Farbe bekennen, treu sein, nicht verläugnen. Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen" — so bedarf es meinerseits wohl keiner Kritik mehr. Allein wenn der Geist, der in dieser Schrift weht, in ritterschaftlichen Kreisen sich verbreitet, so kann die Regierung ihre Versuche in Bezug auf die Verfassungsänderung sofort aufgeben. (K. Z.)

Aus Mecklenburg, 27. Januar. [Kirchencollecte für die renitenten hessischen Pastoren.] In Mecklenburg hat dieser Tage, wie der „Voss. Ztg." mitgetheilt wird, einer der conservativen Pastoren für die renitenten hessischen Pastoren eine Kirchencollecte veranstaltet und dieselbe feierlichst von der Kanzel verkündigt. Die Herren thun, was sie können, um die preußische Regierung und mittelbar auch den Reichskanzler in den Ruf zu bringen, daß sie Verfolger der christlichen Kirche sind; sie erreichen im Großen damit aber nur, sich selbst und das von ihnen vertheidigte mecklenburgische Kirchen- und Staatsregime in noch tieferen Mißcredit zu bringen.

Braunschweig, 30. Januar. [Wahlgesetz.] In der heutigen Sitzung der Landesversammlung fand die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die künftigen Wahlen zum Landtage statt. Der § 2 desselben, welcher die Einführung der direkten geheimen Abstimmung vorschlägt, wurde bei namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für die Ablehnung stimmten sämmtliche ländliche Abgeordnete.

Münster, 28. Januar. [Execution.] Heute Morgen gegen 9 Uhr erschien der Executor des Kreisgerichts im bischöflichen Palais, um die in Folge der Maigesetzte zuerst erkannte Strafe von 200 Thlr. nebst 20 Thlr. Gerichtskosten executorisch einzutreiben. Er begnügte sich für heute mit der Aufzeichnung von Möbeln im Werthe dieses Betrages. Der Bischof Johann Bernhard war zugegen. (W. M.)

Düsseldorf, 23. Januar. [Berufung.] Gegen das die „Düsseldorfer Zeitung" freisprechende Erkenntniß, (wegen Veröffentlichung der päpstlichen Encyclica) hat der Oberprocurator Appell eingelegt.

Frankfurt, 29. Jan, [Der Reichstagsabgeordnete Herr Leopold Sonnemann] hat die Annahme der Eisenbahnfreikarte, die ihm gestern zugestellt werden sollte, verweigert und dabei erklärt, daß er sich gemäß § 32 der Reichsverfassung: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen", nicht für ermächtigt halte, eine solche Freikarte anzunehmen und davon Gebrauch zu machen, (Das ist doch Gesinnungstüchtigkeit!!!)

Darmstadt, 28. Januar. [Edict.] Die „Darmst. Ztg." bringt den Wortlaut des vom Großherzog vollzogenen „Edicts die Verfassung der evangelischen Kirche betreffend". Dies Edict regelt die Verhältnisse der Kirchengemeinden, ihrer Vertretung, des Kirchenvorstandes, der Gemeindeversammlung, ordnet ferner Decanatssynoden und eine Landessynode an, und behandelt auch die Rechte und Pflichten der „Diener und Behörden der Kirche", Pfarrämter, Decanate und Ober-Consistorium.

Darmstadt, 30. Januar. [Die zweite Kammer] macht das Zustandekommen des Volksschulgesetzes von der Genehmigung des Beschlusses abhängig, daß in den öffentlichen Schulen Mitglieder eines geistlichen Ordens als Lehrer nicht zugelassen werden dürfen.

München, 30. Januar. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] gelangte die Interpellation des Abg. Appellationsgerichtsraths Dürrschmidt zur Berathung, ob dem Cultusminister die aus Anlaß der Reichstagswahl von den katholischen Bischöfen und zwar mit Umgehung des königlichen Placet erlassenen Hirtenbriefe bekannt seien und ob hierin nicht eine gesetzwidrige, die Verfassung verletzende Handlung gefunden werden müsse, gegen welche Seitens der Staatsregierung einzuschreiten sei? Cultusminister von Lutz verneinte die gestellten Fragen und erklärte, daß keine gesetzlichen Bestimmungen vorhanden seien, aus denen die Rechtswidrigkeit des Verhaltens der Bischöfe, so erhebliche Bedenken dasselbe auch zu erregen geeignet sei, nachgewiesen werden könne. Eine Verpflichtung zur Einholung des königlichen Placet bestehe nur für die Veröffentlichung von kirchlichen Gesetzen, Verordnungen und Anordnungen. In den gedachten Hirtenbriefen könnten aber nur religiöse Mahnungen gefunden werden, wie dergleichen häufig von der Kanzel erlassen würden und niemals beanstandet worden seien. Am Schlusse der Sitzung verlas der Minister des Innern, von Pfeufer, ein königliches Dekret, durch welches die Kammer bis auf Weiteres vertagt wurde.

Stuttgart, 30. Januar. [Die zweite Kammer] hat heute mit 80 gegen 2 Stimmen 7½ Mill. fl. zur Anschaffung neuer Gewehre und Geschütze bewilligt.

Oesterreich.

Wien, 30. Januar. [General Gablenz.] Ueber die Ursachen welche den General zum Selbstmord veranlaßten, berichtet das „N. W. Tgbl." folgendes: In Pension getreten, dachte Gablenz an den Erwerb, um eine Basis für seine wirthschaftliche Thätigkeit zu gewinnen.

Vorsichtig betrat Gablenz die gefährliche Bahn; als ihm vor mehreren Jahren die Präsidentschaft der „Oesterreichisch-ungarischen Escompte- und Creditanstalt" angetragen wurde, da lehnte Gablenz das Anerbieten mit dem Bemerken ab, daß er es eines Officiers auch wenn dieser in Pension getreten sei, für unwürdig erachte, eine Stellung bei einem finanziellen Unternehmen zu bekleiden. Später wurde Gablenz diesem Principe untreu; die Ueberredungskünste eines in Gründungen ausgezeichneten Verwandten wußten alle Bedenken zu besigen. Gablenz nahm Theil an der wilden Jagd nach dem Glücke; er machte Gebrauch von dem Kredit, der ihm willfährig gewährt wurde; seine Speculationen erreichten einen bedeutenden Umfang. Der General lebte getrennt von seiner Frau in einer einfachen, modest eingerichteten Wohnung, wie sie ein gutkonditionirter Lieutenant beanspruchen kann. Hier entwirft er ein Bild

seiner Lage: „Meine sämmtlichen bei drei Banken untergebrachten Depots sind überschuldet. Ich habe sogar, wozu ich nicht berechtigt war, Gelder aus dem Vermögen meiner Frau (der Baronin Helene Eskeles) angegriffen, um meinen Verpflichtungen nachzukommen. Es ist mir materielle Unterstützung von Seiten meiner Freunde und moralische Unterstützung von Seiten der Verwaltungsräthe der betreffenden Banken zu Theil geworden, indem sie meinen Credit prolongirten. Doch das Alles verrinnt wie ein Tropfen auf glühendem Stein. Es bleibt nur noch ein Ausweg, die Aussöhnung mit meiner Schwiegermutter; vielleicht bietet sie mir die Hand zur Rettung. Ich habe ja Aussicht, wenn ich nur am Leben bleiben darf, Alles wieder gut zu machen und alle Verluste wieder zu ersetzen. Meine Vorbereitungen sind jedoch für alle Fälle getroffen. Alles, was ich meinem Sohne hinterlassen kann, befindet sich in dieser Schatulle."

Das sind Bruchstücke aus einem Gespräche mit Baron Gablenz, das am Tage nach der Jubiläumsfeier statt hatte. Die Schatulle enthielt sämmtliche Briefe, welche Baron Gablenz von verschiedenen Monarchen erhalten hatte; ein Verzeichniß seiner Orden und ein chronologisches Verzeichniß seiner militärischen Leistungen. „Ich wünsche nicht", fügte Baron Gablenz hinzu, „daß mein Sohn sich dem Soldatendienste widme, er soll Oekonomie studiren, um das ihm von seiner Großmutter zufallende Gut selbst bewirthschaften zu können. Vielleicht, daß der Inhalt dieser Schatulle ihm einst von Nutzen sein wird." Die Schatulle muß sich in der Hinterlassenschaft des Verstorbenen vorfinden. — Baron Gablenz that wenige Tage nach diesem Gespräch den angekündigten Schritt bei seiner Schwiegermutter; er blieb erfolglos. „Ich thue nichts für Sie und ich verbiete Ihnen fernerhin mein Haus zu betreten." Das war die Antwort der Frau an den General, dessen Ruhm von Vielen beneidet wurde, der ganze Armeecorps commandirte und der es immer gewohnt war, die höchsten Ehren in Anspruch zu nehmen. So verlebte er unter den schwersten Demüthigungen und beherrscht von Verzweiflung die letzten Monate. Noch einmal wandte er sich nach Zürich, um bei seinem Bruder Rettung zu suchen. Auch dieses Mittel versagte. So blieb ihm nichts Anderes übrig, als den wiederholt geäußerten Entschluß auszuführen."

Schweiz.

Zürich, 28. Januar. [Interventions-Gedanken der Ultramontanen. — Aus dem Jura. — Zur Bundesrevision. — Verschiedenes.] Vom Unfehlbarkeitsfusel berauscht, dünken sich die Ultramontanen erhaben über den Gesetzen und der öffentlichen Ordnung und erlauben sich allen möglichen Unfug. Sie zeichnen sich durch gänzlichen Mangel an Vaterlandsliebe aus und arbeiten blos für ihre wahre Heimath, für die römischen Geisteskatakomben. Trotzdem lieben sie es, andere Leute als Landesverräther anzuschwärzen; sie suchen eben hinter dem eigenen Ofen. Hiefür liefert auch die Schweiz schlagende Beispiele. Aus Frankreich wird ein zu Bar le Duc gedrucktes Schriftstück eingeschleppt, um Unterschriften zu sammeln; dasselbe ruft „im Namen der schweizerischen Katholiken" die Wiener Congreßmächte an, in der Schweiz Ordnung zu schaffen. In der That nicht übermäßig schlau, da die Wiener Congreßacte längst das Messer ohne Klinge ist, an welchem der Griff fehlt; die fromme Absicht ist aber anzuerkennen. Das hat freilich die Genfer Polizei nicht abgehalten, bei Mermillod's Secretär, Abbé Collet, gerichtliche Haussuchung zu halten und richtig ein Paket Exemplare des erwähnten Schriftstückes zu erwischen. — Gleichzeitig läßt Fürsprech Gendre im „Confédéré" eine Denkschrift von 1852 abdrucken und den Bundesbehörden zugehen, in welcher die monarchischen Mächte, in erster Linie der Gesellschaftsretter Napoleon, aufgefordert werden, den unglücklichen Sonderbundscantonen beizustehen und die von der Revolution umgestürzte Ordnung in der Schweiz wieder aufzurichten. Diese Denkschrift, welche von dem französischen Polizeispion, Oberst Perier, dem Kaiser Napoleon überbracht und später der Freiburgischen Regierung vergebens zum Kauf angetragen wurde, trägt keinen Namen, ist aber von der Hand des Freiburgischen Großraths-Präsidenten und National-Raths Wuilleret geschrieben. — Im Nationalrath haben 33 Mitglieder den Bundesrath interpellirt, „ob er nähere Kenntniß von den Umtrieben hat, welche in letzter Zeit zu Gunsten einer fremden Intervention in der Schweiz bekannt geworden sind, und welche Maßregeln er eventuell dagegen zu ergreifen gesonnen ist." Morgen soll darüber verhandelt werden.

Von den abgesetzten Geistlichen im Berner Jura machten sich etwa 20 über die französische Grenze aus dem Staube; die meisten sind aber zurückgekehrt. Die Regierung beschäftigt sich nun mit der Frage, ob nicht die ganze Stänkererbande aus dem Landestheil auszuweisen sei; wahrscheinlich wird man dazu schreiten, um Ruhe zu schaffen.

Die Zahl der verhafteten Geistlichen ist durch den Decan Hornstein in Pruntrut vermehrt worden, welcher eben abreisen wollte; er und der alte Kirchenrath sollen viele werthvolle Kirchengeräthe auf die Seite gebracht haben. Um die Orte militärisch zu besetzen, wo Liberale schwer mißhandelt wurden, sind drei weitere Schützen-Compagnien aufgeboten worden. In Coursaivon wurde der 80jährige Lehrer das Opfer ultramontaner Rohheit. Der in Saulcy allein liberal Stimmende, Uhrmacher Lovy, erhielt 17 Messerstiche und blieb für todt auf dem Platze; nachdem er sich unter einen Schuppen geschleppt, suchten ihn die Unmenschen mit einer Laterne auf und schlugen mit Knitteln auf ihn los; wunderbarer Weise lebt er noch. Drei der Thäter sind festgenommen. Zu Bonfol wurden Nachts die Schützen allarmirt, da das schöne (liberale) Wirthshaus im nahen Vendlincourt lichterloh brannte; als sie ankamen, fanden sie die Bewohner gemüthlich dabeistehen, die Pfeife im Munde, die Hände in den Taschen. Der ultramontane „Pays" bindet den Gläubigen die Mähr auf, ganze Züge von Greisen, Weibern und Kinder würden durch die Straßen geführt und man pfropfe mit ihnen die Gefängnisse voll; die Protestanten wollten sich für die Bartholomäusnacht und die Dragonaden rächen; Bern und Berlin handelten immer auf Verabredung. Auch der Genfer „Courrier" spricht ganz keck von den „helvetischen Satrapen, deren sich Bismarck bedient, um mit Frankreich Händel anzufangen." Zur Volksabstimmung nachträglich ein römisches Gewürz. Der Papst hatte als wirksamstes Mittel des Erfolges empfohlen das „Rosenkranzgebet, welches die Himmelskönigin selber dem heil. Dominicus als sehr kräftiges Mittel gegen die Ketzerei und die höllischen Legionen geoffenbart haben soll!"

Die beiden eidg. Räthe haben ihre noch obwaltenden Abweichungen in der Bundesrevision bis auf wenige ausgeglichen; nächster Tage wird das Werk vollendet sein. Auch andere Geschäfte sind noch erledigt worden, so die Nachtragskondite von 2,286,343 Francs (darunter für Militärzwecke kaum 100,000) und die Verträge mit Portugal (über Auslieferung) und mit Persien auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation.

Die französische Regierung hat nun wirklich ihren Reisepaßzopf abgeschnitten, jedoch mit dem Vorbehalt ihn wieder wachsen lassen zu können. — Der Simplontunnel soll durch Vereinigung französischer und schweizerischer Capitalien gesichert sein; abwarten! — Auf Einladung der amerikanischen Gesandtschaft hat der Bundesrath der Ausstellung von Philadelphia 1876 seine Unterstützung zugesagt; die Ausfuhr der Schweiz nach den Vereinigten Staaten hat im v. J. 60,391,809 Fr. betragen. — Die von der Eidgenossenschaft bestellten 122,800 Repetirgewehre sind bis auf einen kleinen Rest abgeliefert worden. — Die befriedigenden Versuche mit den Einzelkochgeschirren sollen dies Jahr auf 6000 Mann ausgedehnt werden. — Die Ehrengabe des Bundes zum eidg. Schützenfest wird in 60 Repetirgewehren bestehen.

Die Großrathswahlen in Zug haben ⅔ Conservative und ⅓ Liberale ergeben; mehr war von dem ultramontanen Canton nicht zu erwarten. — In Zürich wird sich wohl nächstens ein Verein für Leichen-Verbrennung (auf chemischem Wege) bilden; es giebt hier bereits viele Freunde dieses reinlichen und allseitig ersprießlichen Verschwindens aus der Welt.

Der Stadtrath von Genf hat das Pariser Hotel des Herzogs von Braunschweig für 750,000 Fr. (100,000 über die Abschätzung) an den Herzog von Treviso verkauft.

Spanien.

Madrid, 21. Januar. [Neue Parteien. — Castelar.] Man schreibt der „N. Z.": „Die Föderale ist todt!" hat Martos am Vorabend des Staatsstreichs in einer Versammlung seiner Partei ausgerufen. Ob nicht die Republik überhaupt einen Stoß erhalten, an dessen Folgen sie dem Tode entgegenkränkelt? — Ich glaube, man kann diese Frage mit der Begründung bejahen, daß bei dem historischen und notorischen Zwiespalt zwischen den beiden Parteien, welche sich in die Macht theilen, aller Wahrscheinlichkeit nach diejenige Partei eliminirt werden wird, welche die Tragweite des Staatsstreichs dahin einschränken will: die Republik ist todt; es lebe die Republik! Die Föderale ist todt, es lebe die Unitarische!

Es war ein Streich im Staatsstreich, der Martos gelang, als er die Constitutionellen, um deren Bundesgenossenschaft er lange vergeblich geworben, auf seinen Boden herüberzog und in Serrano, den er in Tagen gemeinsamer Conspiration mit dem Glanz einer republikanischen Präsidentschafts-Rolle geblendet haben mag, alte „Verabredungen" wachrief. Die Alfonsisten in Paris werden berechtigt gewesen sein, von einem Staatsstreich Serrano's andere Erwartungen zu hegen. Es fehlte wohl nicht an anderen Verabredungen, deren sich Serrano hätte erinnern können. Aber Thatsache bleibt, daß die Alfonsisten vorläufig zu kurz gekommen sind. Denn daß sie gerade vor dem Staatsstreich an der Arbeit waren und von dem Niedergang der föderalen Herrlichkeit den Aufgang ihres Gestirns erwarteten, beweist der Brief des Prinzen Alfonso an den Grafen Torreno, worin er sich mit guten Vorsätzen den Weg zur „constitutionellen Monarchie" in Spanien zu pflastern angelegen sein ließ. Jedoch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Es scheint in der That, als wäre Spanien zum Versuchsfeld für alle möglichen Staatsformen bestimmt, um schließlich, an Enttäuschung und Erfahrung reicher, in den Schooß der zurückkehrenden Bourbonen zurückzusinken. Die Alfonsisten betrachten jedenfalls die unitarische Republik als die letzte Verlängerung des Interims, das mit der Septemberrevolution für sie begonnen hat. Und während die Regierung, insbesondere Martos, alles thut, um auf der einen Seite alle Ueberbleibsel von den Föderalen auszurotten, auf der anderen die Verfassung von 1869 als festen Wall gegen die Vergangenheit aufzurichten, arbeiten die Alfonsisten emsig weiter, um bei der nächsten Gelegenheit diese Schranke zu brechen. Bezeichnend ist, daß sie, in richtiger Erkenntniß ihrer Schwäche, eben jetzt ihre Propaganda auch auf das „Volk" auszudehnen anfangen.

Wie das Volk überhaupt, ist vollends das spanische mit Vorliebe den Extremen zugeneigt. Es giebt eigentlich nur zwei populäre Parteien in Spanien: die Carlisten und die Cantonalen; jene rekrutirt, Dank den geistlichen Werbern, aus dem Bauernvolk; die zweite, unterstützt von der socialen Aufregung der Zeit, aus den Massen der Städte. Die Mittelparteien haben also ein Interesse daran, den untern Volksklassen zu zeigen, daß sie bei ihnen ebenso gut und besser aufgehoben seien als bei den Feinden der Freiheit und der Gesellschaft. Doch ist es jenen Parteien nie geglückt, sich dauernd in der Volksgunst zu befestigen. Die Radikalen zogen einige Zeit das Volk nach sich, da sie „Arbeit, Moralität, Sparsamkeit" auf ihre Fahne geschrieben hatten. Aber, nicht ohne Schuld, verloren sie bald allen Anhang jener Klassen, die nun den Republikanern zuliefen, und jetzt wird es keinen unpopuläreren Mann in Spanien geben als Castelar. Der goldene Mittelweg der Politik wird eben nur von denen betreten, welche schon vorher in ökonomischer Hinsicht auf goldenem Boden stehen und hier ungefährdet und ungestört im erworbenen oder ererbten Besitz gelassen werden wollen. In die Bourgeoisie theilten sich bisher die Alfonsisten in der Art mit den Radikalen, daß jene die reicheren und vornehmeren Häuser, diese den kleineren Handel und Gewerbe zu Kunden hatten. Jetzt nun machen die Alfonsisten Anstrengungen, ihre Wurzeln in die tieferen Schichten zu senken. Zu den beiden bisher bestehenden Alfonsistischen Vereinen, dem conservativen und liberalen ist vorgestern ein dritter gegründet worden als Circulo popula alfonsino. Es waren etwa 300 Mitglieder zur Eröffnung erschienen, bei welcher der Präsident sich dahin äußerte: „Der Zweck dieses Vereins ist, alle Schichten der Gesellschaft zu vereinen, um die Lage des Volkes zu verbessern, indem sich alle Klassen von den höchsten bis zu den bescheidensten verbinden, die bei gemeinsamer Ehrenhaftigkeit und Liebe zur Arbeit überdies mit der Bedeutung dieses Cirkels einverstanden sind, welcher den Namen des Prinzen Alfonso trägt, um so die von uns für die Leitung des Staatsschiffes vorgezogene Lösung anzuzeigen. Liberal waren die, welche die constitutionelle Monarchie im Jahr 1834 schufen, die, welche die Schaaren des Absolutismus bezwangen, und liberal sind wir, die wir baten, daß die constitutionelle Monarchie mit Don Alfonso Spanien Gedeihen und Glück bringen möge."

Von den weiteren Rednern vernahm das versammelte Volk, daß „eine stetige Ordnung hergestellt, der Credit erhöht und daß das aufgestellte Ziel auf gesetzlichen Wegen angestrebt werden soll; die Woche über sollen Conferenzen über Kunst, Wissenschaft, Industrie und Handel zweckdienliche Belehrung verbreiten. Romero Robledo, der jüngst erst aus den Reihen der Constitutionellen zu den liberalen Alfonsisten übergetretene Novize, theilte aus seiner, u. a. in einem Ministerium Amadeo's erworbenen Erfahrung die Frucht der Erkenntniß mit, daß „die Freiheit am sichersten sei, wenn sie sich der legitimen Monarchie verbinde." Ein Anderer gab die Devise aus: „Frieden und Arbeit für das Volk!" Der Telegraph trug nach Paris und nach Wien die frohe Botschaft von der Gründung der neuen Gemeinde. Die Alfonsisten sind auch die, welche, soweit es die rücksichtslose Preßpolizei der republikanischen Dictatur möglich macht, in ihrer Presse die Regierung am entschiedensten bekämpfen.

Zwischen sie und die regierenden Parteien drängt sich noch eine Gruppe von Constitutionellen und Radikalen, welche mit den Alfonsisten das monarchische Credo, mit den Regierenden die Grundlage der antibourbonischen September-Revolution gemeinsam haben; mit anderen Worten: die demokratischen Monarchisten, die einen „Amadeo II. für die beste Lösung halten. Da sie aber zugestehen, daß sie damit nur eine Doctrin vertheidigen, da andererseits im Gothaer Kalender kein fremder Prinz aufzutreiben sein wird, der sich nach Amadeo's Passion unter diesem unregierbaren Volke, dessen Dornenkrone aufs Haupt setzen möchte, so werden diese platonischen Monarchisten dem Sohne der Isabella nicht im Wege stehen. Wie sie erweisen der demokratischen Republik wenigstens ein halbes Wohlwollen die Ordnungsrepublikaner, welche zufrieden sind, wenn nur überhaupt die Republik — die ja nach Castelar, mag sie die schlechteste sein, immer noch besser ist als die beste Monarchie — gerettet bleibt. Ohne sich thätig an der Politik zu betheiligen, wollen die „Castelaristen" der Herstellung der Ordnung nichts in den Weg legen. In der That ist ja die Ordnungs-Politik der gegenwärtigen Regierung nur die Steigerung von Castelar's Dictatur, dessen Früchte sie erntet. Der Fall Carthagena's, um wenige Tage verspätet, gehört wie ein Nachtrag noch zur Castelar'schen Periode. Es entspricht daher nicht der Wahrheit, wenn man Castelar's Amtsführung frischweg der „Impotenz" beschuldigt. Nicht weil er ihr zu wenig, sondern weil er zu viel geleistet, ist er von der vereinigten Opposition gestürzt worden. Wie dem auch sei, Eines unterscheidet Castelar von fast allen, vielleicht allen anderen politischen Führern: er hat nicht den Schatten von einem Intriguanten. Einem Gerede, als ob er sich in den Streit der Constitutionellen und Radicalen wegen Vertheilung der Civilgouverneurposten gemischt hätte, tritt eine kurze Note in der „Correspondencia" entgegen, worin es heißt: „Castelar lebt zurückgezogen in seinem Hause, seinen Studien und Büchern, ohne sich irgend in die Tagespolitik zu mischen. Aber er hegt den unerschütterlichen Entschluß, ein Element der Ordnung, der Regierung, der Autorität innerhalb der Republik zu sein, indem er für diese Grundideen der modernen Gesellschaften mit der Standhaftigkeit wie immer kämpfen wird, jeden Tag mehr von den Utopisten und Demagogen geschieden. Herr Castelar hat auf der Tribüne versprochen, daß er niemals sein Vaterland verwirren werde und er wird es nicht verwirren; denn nichts von allem, was er für die Ordnung gethan hat, reut ihn, noch wird ihn reuen. Aber dieses Verhalten beobachtet er in Folge der Eingebungen seines Gewissens und nicht um in irgend einer Lage Einfluß zu haben und am wenigsten in dieser. Er hat immer geglaubt, daß fruchtbar allein eine uneigennützige Politik ist." Der letzte Hieb sitzt, da Alles nur nicht Uneigennützigkeit die Regierenden auszeichnet. Aber im Ganzen wird die Regierung an dem neuen Organ der Castelar'schen Politik, welches unter der Leitung des früheren Ministers Moreno Rodriguez und unter dem Titel „Ordnung" morgen ans Licht tritt, nichts zu strafen finden.

Die Fractionen der früheren Cortes-Opposition sind zersprengt und harren der neuen Organisation. Ihre Presse ist noch vollauf damit beschäftigt, der Rechten den Prozeß wegen des Staatsstreichs zu machen. Die extremen Parteien, Cantonalen und Carlisten, sind aus der Presse gänzlich ausgewiesen. Der Fall Carthagena's ist der härteste Schlag für Don Carlos.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 31. Januar. [Vortrag.] Der evang. Verein in Liegnitz hat, nach Vorgang des Schles. Prot.-Vereins in Breslau, für nächsten Montag einen Vortrag veranlaßt. Wie das „Liegn. Stadtbl." meldet, wird Hr. Diaconus Schmeidler einen Vortrag „über Lessings Bedeutung für den kirchlichen Liberalismus" — halten.

J. P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 30. Januar. [Plötzlicher Todesfall. — Zum Verkehr. — Concert.] Am vergangenen Sonntage wurde in Frankenberg bei Wartha ein alter Herr von dem Postwagen, der von Frankenstein nach Wartha fuhr, in die Gaststube der dortigen Brauerei durch einen seiner Mitreisenden gebracht, weil er während der Fahrt schwer erkrankt war. Der Mitreisende — ein Caplan aus der Umgegend — hatte von dem Erkrankten den Auftrag erhalten, den in Wartha auf ihn wartenden Wagen aus Wiesau bald nach Frankenberg zu senden. Bevor jedoch der Wagen in Frankenberg ankam, war der alte Herr schon eine Leiche und — wie bald darauf der herbeigerufene Arzt constatirte — an plötzlicher Lungenlähmung gestorben. Der inzwischen auch eingetroffene Ortsvorstand recognoscirte in dem Verstorbenen den katholischen Pfarrer Franz Schäfer aus Alt-Reichenau bei Bolkenhain und fand bei demselben eine bedeutende Summe theils in baarem Gelde, theils in Werthpapieren. Wie erzählt wird, habe er einen Gutspächter in der Grafschaft Glatz besuchen wollen, dessen Frau früher Wirthin bei ihm gewesen. Eine Deputation seiner Kirchgemeinde holte am 27. die Leiche, nachdem sie von dem Pfarrer in Frankenberg eingesegnet worden war, um sie nach Alt-Reichenau zur Beisetzung zu schaffen. — Es freut mich, heut mittheilen zu können, daß die im Bericht vom 5. December v. J. (s. Nr. 572 der „Bresl. Ztg.") gerügte Erschwerung im Postverkehr zwischen Neurode und Glatz nunmehr behoben ist. Es haben nämlich vom 25. d. M. ab die Personen-Posten zwischen Neurode und Wartha (Bahnhof) folgenden Gang erhalten: Abfahrt in Neurode 2 Uhr früh, Ankunft in Wartha (Bahnhof) 5 Uhr 30 Min. früh; Rückfahrt aus Wartha 9 Uhr 45 Min. Vormittags, Ankunft in Neurode 1 Uhr 35 Min. Nachmittags. Demnach können jetzt die Postsachen aus Glatz und Reichenbach täglich zwei Mal in Neurode eintreffen, und zwar aus Glatz einmal auf directem Wege (Abfahrt 2 Uhr Nachm., Ankunft in Neurode 5 Uhr Nachm.) und dann über Wartha (Abfahrt von Glatz 2 Uhr früh, von Wartha 9 Uhr 45 Min. Vorm., Ankunft in Neurode 1 Uhr 35 Min. Nachm.), und aus Reichenbach Abfahrt 4 Uhr 35 Min. Nachm. über Volpersdorf, Ankunft in Neurode 8 Uhr 40 Min. Abends und dann mit dem Zuge über Frankenstein. — Vorgestern Abend concertirten im Saale der Taberne zu Glatz die Clavier-Virtuosin Fräulein Clara Hahn und die Concertsängerinnen Fräulein Jenny Hahn und Fräul. Essolda Fritsch aus Breslau bei überfülltem Hause. Es waren viel mehr Billets verlangt worden, als Plätze vorhanden, so daß eine große Anzahl Zuhörer wieder hatte umkehren müssen. Die Künstlerinnen haben sich daher veranlaßt gesehen, für künftigen Sonntag noch ein zweites Concert anzukündigen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 30. 31.	Nachm. 2 U.	Abds 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',69	331''',60	331''',21
Luftwärme	+ 1°,5	+ 1°,1	+ 0°,5
Dunstdruck	2''',19	2''',00	1''',84
Dunstsättigung	96 pCt.	90 pCt.	88 pCt.
Wind	NW. 2	W. 2	NW. 2
Wetter	bedeckt, Regen.	wolkig.	wolkig.

Breslau, 31. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 68 Cm. U.-P. — M. 4 Cm. Eisstand.

Berlin, 30. Jan. Die gedrückte Stimmung der gestrigen Börse verpflanzte sich auch auf den heutigen Verkehr und ließ erst nach und nach eine schwache Erholung aufkommen. Diese gelangte aber auch nur zum Theil zum Ausdruck, da der Verkehr meist sehr unbedeutend war, und die Börse eine gewisse apathische Haltung selbst bis zum Schlusse bewahrte. Die auswärtigen Börsenplätze hatten in Antwort auf die gestrige von hier ausgehende Mattheit Meldungen eingesandt, die von wenig fester Stimmung zeugten, und konnten dieselben daher hier nicht animirend wirken. Wie aber gestern die hiesige Börse, ohne den eintreffenden festen Coursdepeschen irgend welchen Einfluß einzuräumen, in matter Tendenz verlief, so ließ sie sich auch heute nicht von jenen entgegengesetzten Meldungen in ihrer sich mehrfach eher befestigenden Geschäftsstimmung beirren. Wie ein Alp lastete wiederum die rückgängige Bewegung, die sich für Bergwerks-Actien fortgesetzt erhält, auf dem Gesammtverkehr und dieser ist es denn auch zuzuschreiben, daß beispielsweise für Disconto-Commandit-Antheile sich ein Coursdruck und Angebot kundgab, weil die Börse die Beziehungen der Gesellschaft zu verschiedenen Bergwerks-Unternehmungen nachtheilig beurtheilt. — Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte hatte sich dagegen eine gewisse Erholung eingestellt, wie denn überhaupt auf einzelnen Gebieten von einer auffälligen Mißstimmung nichts bemerkbar wurde. Die internationalen Speculationswerthe gingen in sehr geringen Beträgen um und ließen gegen gestern in den Notirungen etwas nach; bei Oesterreich. Creditactien betrug diese Courseinbuße sogar bis 1 Thlr. Für Franzosen stellte sich noch nachträglich ein Stückemangel für die Regulirung heraus und zahlte man in den wenigen Fällen, die noch zur Prolongation kamen, bis ½ Thlr. Deport.

Oesterr. Nebenbahnen blieben sehr still, Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn wurden zu gestrigen Coursen gehandelt. Kaschau-Oderberger mußten sich noch recht belebten Verkehrs eine Coursreduction gefallen lassen. Auswärtige Fonds waren ebenfalls sehr still, vielfach sogar ganz geschäftslos, sämmtliche Rentenpapiere trugen eine feste Physiognomie, ohne aber im Course etwas zu gewinnen. Türken weniger fest und sehr vernachlässigt, Amerikaner ruhig und kaum verändert, russische Werthe zwar fest, aber sehr still, nur in Bahnen gewann der Verkehr einige Ausdehnung. Preußische Fonds in normalmäßigem Umsatz, deutsche Fonds ruhiger, als in den letzten Tagen, in Cöln-Mindener Prämien-Antheilscheinen ziemlich belangreiches Geschäft. Preußische Prioritäten zeigten ebenfalls regeres Leben, besonders fanden Halle-Sorauer und Bergische Lit. C. gute Beachtung, Oesterreichische Prioritäten waren sehr fest, namentlich erschienen Ungarische Nordostbahn und Dniesterbahn beliebt. Ostbahn 77¼ Geld. Von Russischen blieben die unbedingt garantirten Bahnobligationen sehr fest, doch ohne Verkehr, da das Material in diesen Werthen sehr knapp ist. Baltische zogen an, auch Brest-Grajewo-Obligationen und Rybinsk I. verriethen größere Beliebtheit. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte war die Gesammttendenz, wie erwähnt, eine günstigere, die Besserung fand ihren Stützpunkt in dem Vorhaben einzelner Bahnverwaltungen, selbstständig mit einer Tariferhöhung vorzugehen. Für schweren rheinisch-westphälischen Devisen fanden sich gute Käufer, von leichten Bahnen wurden Rumänen sehr lebhaft gehandelt, auch Märkisch-Posener, Halle-Sorauer und Schweizer Unionen gingen rege um. Bank-Actien waren zum Theil gedrückt, Disconto-Com. 168¼, per ult. 169 bis 168. Prov.-Disc. 89¼. Beliebt und steigend war Preuß. Boden-Creditbank, Producten- und Handelsbank, Elberfelder Disc., Berliner Wechslerbank und Spritb. Wrede, Niederlausitzer B. zu steigendem Course sehr gesucht. Industriepapiere still und im Ganzen wenig fest. Brauerei-Actien, besonders Bergbrauerei, belebt und steigend; Metall-Industrie, öffentl. Fuhrwesen lebhaft, Neptun procentweise niedriger, Pleßner gedrückt, Münnich höher in Posten aus dem Markt genommen. Oberschlesischer Eisenbahnbed. schwach. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 30. Januar. [Productenbericht.] Weizen loco 73—91 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar 86½ Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 87¼—87½ Thlr. bez. pr. Mai-Juni 87¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 87¼ Thlr. bez., pr. Juli-August 88¾—88½ Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 86¾—86⅝ Thlr. bez. Gekündigt 10,000 Ctnr. Kündigungspreis 85 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—69 Thlr. nach Qualität gefordert, defecter russischer — Thlr. bez., russischer 59¼—60¾ Thlr. bez., — Thlr. bez., inländischer 66—58 Thlr. ab und frei Bahn bez., exquisiter — Thlr., per December-Januar 63¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 62¼—62 Thlr. bez., pr. Februar-März 62 Thlr. bez., pr. Frühjahr 63—62¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 63 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 62¼—62 Thlr. bez., pr. Juli-August 60¾ Thlr. bez. Gekündigt 4000 Ctnr. Kündigungspreis 62¼ Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—61 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—59 Thlr., ostpreußischer 54—58 Thlr., westpreußischer 54—58 Thlr., galizischer 52—55 Thlr. bez., pommerscher 56—59 Thlr., uckermärker 56—59 Thlr. ab Bahn bez., per December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 57¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 57¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 58⅛—57½ Thlr. bez., pr. Juli-August — Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 53—58 Thlr. bez. — Weizenmehl N. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sac 12—11⅓ Thlr., Nr. 0 und 1 11—10⅓ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 9⅔—9⅙ Thlr., Nr. 0 und 1 9⅙—8⅔ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: per December-Januar 9 Thlr. 7½—8⅔ Sgr. bez., per Januar-Februar 9 Thlr. 7½ Sgr. bez., per Februar-März 9 Thlr. 8¾ Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 9 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 9½—10 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 10 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 9 Thlr. 10½ Sgr. bez. Gekündigt 1500 Ctnr. Kündigungspreis 9 Thlr. 7½ Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl loco pr. 100 Kilo netto loco ohne Faß 18⅔ Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December-Januar 18¾ Thlr. bez., per Januar-Februar 19¼ Thlr. bez., per Februar-März 19 Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., pr. April-Mai 20½—19½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20¼—½ Thlr. bez., pr. August-September 20⅔ Thlr. bez., pr. September-October 21 Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 22 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. December-Januar 7 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 7¾ Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 9⅔ Thlr. Gld., Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10⅔ Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr. — Spiritus pr. 10,000 pCt. loco ohne Faß 21 Thlr. 10—12 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., per December-Januar 22 Thlr. — Sgr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., pr. März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 22 Thlr. 4 Sgr. bis 22 Thlr. 8 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 22 Thlr. 6—3—5 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 19—17 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 28 Sgr. bez., pr. August-September — Thlr. — Sgr. bez., pr. September-October 23 Thlr. 28—23 Sgr. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

Breslau, 31. Jan., 9½ Uhr Morg. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, feine und harte Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7⅔ bis 8⅔ Thlr., gelber 7⅔ bis 8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in besserer Stimmung, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 7 Thlr., feinste Sorte 7⅙ Thlr. bezahlt.

Gerste gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6⅓—6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅔ Thlr. bezahlt.

Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 5⅚ bis 6⅓ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 5¾ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5⅓ Thlr., blaue 4⅔ bis 5⅙ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅔ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅙ Thlr.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	10	—	7	15	—	8	—	—
Winter-Rübsen	7	5	—	7	15	—	7	25	—
Sommer-Rübsen	7	—	—	6	18	—	8	—	—
Leindotter	6	25	—	7	2	6	7	15	—

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr. per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat feine Qualitäten gut verkäuflich, rothe ordinäre 11—12 Thlr., mittle 13—14 Thlr., feine 14½—15 Thlr., hochfeine 15¾—15⅔ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße ordinäre 11—12 Thlr., mittle 14—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt, 8⅔—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 30. Januar, Abends. Zum Vorsitzenden der großen Versammlung aller liberalen Parteien, für welche man hier als die Erwiderung auf das englische Sympathiemeeting agitirt, ist Gneist ausersehen.

Rom, 30. Januar. „Osservatore" erklärt: Die Behauptung der „Germania", daß die wahre Bedeutung der päpstliche Bulle behufs der Wahrung der Freiheit des Conclave bei der Papstwahl gegenüber der italienischen Regierung 1869 erlassen wurde, ist unrichtig.

Der neu ernannte baierische Gesandte am päpstlichen Hofe Baumgarten ist angekommen. Dem gestrigen Empfange bei Herrn v. Keudell wohnten die hohen Staatswürdenträger, viele politische Persönlichkeiten aller Parteien, auch der französische Geschäftsträger bei.

Antwerpen, 29. Januar. Der Postdampfer des politischen Lloyd „Humboldt" ist heute Nachmittag 1 Uhr mit Passagieren und Ladung nach Newyork in See gegangen.

Berliner Börse vom 30. Januar 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	4½	142 bz
do. do.	2 M.	4½	141⅛ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.20 bz
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	3½	6.20⅞ bz
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80⅛ B.
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89⅞ G.
Warschau 90 SR.	8 T.	6½	91⅛ bz
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅝ bz
do. do.	2 M.	5	88⅛ bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	102½ bz
do. consolid.	4½	105 9/16 bz
do. 4%ige	4	98⅞ bz
Staats-Schuldscheine	3½	92 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	120⅛ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102½ bz
Pfandbr. Berliner	4½	101⅜ bz
Pfandbr. Pommersche	3½	83 G.
Pfandbr. Posensche	4	92½ G.
Pfandbr. Schlesische	3½	83 bz
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	98 B.
Rentenbriefe Posensche	4	95¾ B.
Rentenbriefe Preussische	4	96¾ B.
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98½ G.
Rentenbriefe Sächsische	4	97⅞ bz
Rentenbriefe Schlesische	4	96¾ bz
Badische Präm.-Anl.	4	114½ bzB.
Baierische 4% Anleihe	4	115½ bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	96½ bzG.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 70¾ G.
Badische 35 Fl.-Loose 39¾ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22½ bz
Oldenburger Loose 37¾ B.

Louisd'or 110 etbz	Dollars — —
Sovereigns — —	Frmd. Bkn 99¾ bz
Napoleons 5.10¼ bz	Oest. Bkn. 88⅝ bz
Imperials 5.15½ G.	Russ. Bkn. 91⅞ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	100¾ G.
Unkünd. do. (1872)	5	101⅝ bz
do. rückbz. à 110	5	105½ bzB.
do. do. do.	4½	98⅝ bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	99⅞ bzG.
do. III. Em. do.	5	97 bz
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	97 B.
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102 bzG.
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	105¾ B.
do. do. II. Em.	5	103¼ bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	92¼ bz
Oest. Silberpfandbr.	5	68½ bz
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	71¼ bz
Unkb. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	4½	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	84 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101½ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	71½ B.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	66 bz
do. Papierrente	4 1/5	61⅜ bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	96 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	96¾ bzG.
do. Credit-Loose	—	109⅛ bz
do. 64er Loose	—	90 bzG.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	138⅜ bz
do. do. 1866	5	139⅞ bz
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	86 bzB.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	82⅝ bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	79¾ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67½ bzG.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 G.
do. do. p. 1885	6	102½ bz
do. 5% Anleihe	5	98 B.
Französische Rente	5	92½ G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59½ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	94⅝ bzB.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	79 bzG.
Rumänische Anleihe	8	101½ B.
Türkische Anleihe	5	41⅛ eta½ bz
Ung. 5% St.-Eisenb. Anl.	5	73¼ bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10½ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101 G.
do. III. v. St. 3¼ g.	3½	84⅞ bz
do. do. VI.	4½	100⅝ bz
do. Nordbahn	5	103½ bzB.
Berlin-Görlitz	5	103½ G.
do.	4½	101 bz
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	100½ bzB.
do. do. G.	4½	100½ bzB.
do. do. H.	4½	100½ bzB.
Cöln-Minden . . . . III.	4	92¼ G.
do. . . . . do.	4½	102 G.
do. . . . . IV.	4	92½ bzG.
do. . . . . V.	4	92 G.
Halle-Sorau-Guben	5	100⅝ G.
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
Niederschl.-Märkische	4	95 G.
do. do. III.	4	94¾ B.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	84 B.
do. C.	4	92¾ bz
do. D.	4	92¾ bz
do. E.	3½	83⅝ G.
do. F.	4½	101 G.
do. G.	4½	101 G.
do. H.	4½	101½ bz
do.	5	103½ bz
do. von 1873	4	92¾ G.
do. Brieg Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	— —
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	103½ G.
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100¼ G.
do. do. III. Em.	4½	100¼ G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102⅝ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	100 B.
Chemnitz-Kometau	5	87¾ G.
Dux-Bodenbach	5	83¼ bz
do. II. Emission	5	74 bzG.
Prag-Dux	5	52 bzB.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94⅞ bzB.
do. do. neue	5	91¾ bz
Kaschau-Oderberg	5	81 bz
Ung. Nordostbahn	5	64½ bz
Ung. Ostbahn	5	58 bzG.
Lemberg-Czernowitz	5	68¾ etbzB.
do. do. II.	5	79 G.
do. do. III.	5	68½ bzG.
Mährische Grenzbahn	5	69⅝ B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	46 bz
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84¾ bz G.
Oesterr.-Französische	3	309¼ B.
do. do. neue	3	292¼ bz
do. südl. Staatsbahn	3	248⅞ bz
do. neue	3	249½ bz
do. Obligationen	5	86 G.
Warschau-Wien II.	5	98¼ G.
do. III.	5	97¼ bz
do. IV.	5	97 bzB.

Bank-Discont 4 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 5 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	38⅛ bzG
Berg.-Märkische	6	—	4	98½ a ¾ bz
Berlin-Anhalt	17	—	4	143½ bz
do. Dresden	5	5	5	64¾ bz
Berlin-Görlitz	3½	—	4	97¾ bz
Berlin-Hamburg	12	—	4	181 bz
Berl. Nordbahn	5	5	5	28⅞ bzG.
Berl.-Potsd. Magd.	8	—	4	111⅝ bzB.
Berlin-Stettin	12¾	—	4	160⅛ bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	96¾ G.
Breslau-Freib.	7½	—	4	102¼ B.
do. neue	5	—	5	96¾ bz
Cöln-Minden	9 7/20	—	4	139¾ a 40¼ bz
do. neue	5	5	5	112 bzG.
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-BodenbachB.	5	5	5	43 bzG
Gal. Carl-Ludw. B.	7	—	5	101½ bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	42⅞ bz
Hannover-Altenb	5	0	5	46½ bzG.
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	61⅛ bz
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	70⅛ bzG.
Ludwigsh.-Bexb.	11	—	4	180¾ bz
Märk.-Posener	0	0	4	47½ bzG.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	124¾ bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	257⅞ bz
do. Lit. B.	4	4	4	97¼ bzG.
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	—	4	147½ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98 B.
Oberschl. A. C. D.	13⅓	—	3½	159¼ bz
do. B.	13⅓	—	3½	143 bz
do. neue	—	—	—	150 bz
Oester.-Fr. St.-B.	10	—	5	197¾ a ¼ bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	115 bz
Oester. südl. St.-B.	4	—	5	94¾ à ¼ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	38¼ bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	121½ bz
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	68 bz
Rheinische	9 2/5	—	4	137 a 7½ b
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	32½ bz
Rumän. Eisenbhn.	3 3/5	—	5	40⅜ a ⅝ bz
Schweiz Westbhn.	1 2/5	—	4	41¾ bz
Stargard-Posener.	4½	4½	4½	101⅝ bzB.
Thüringer	9	—	4	127¾ bz
Warschau-Wien	10	—	5	80¼ B.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104¾ bzB.
Berlin. Nordbahn	5	5	5	42½ bz
Breslau Warschau	5	0	5	29⅞ B.
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	65 bzG.
Hannover-Altenb.	5	0	5	68 bzG.
Kohlfurt Falkenb.	5	—	5	75½ bzG.
Märkisch-Posener	0	—	5	75½ bzG.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	81⅜ bz
do. Lit. C.	5	5	5	103⅞ bz
Ostpr. Südbahn	0	0	5	69⅝ bz
Pomm. Centralb.	5	0	5	25 bzG.
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	— —
Rum. (40% Einz.)	—	8	8	90¼ bz
Saal-Bahn	5	5	5	46⅛ bzG.

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo Deutsche Bk	7½	—	5	64 G.
Allg. Deut. Hand. G	9¼	—	5	37 G.
Berliner Bank	14	—	4	68½ bz
Berl. Bankverein.	18	—	5	84 bzG.
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	—	4	279 G.
Berl. Handels-Ges.	12½	—	4	119 bzG.
Berl. Lomb.-Bank.	11¼	—	5	40 bzG.
Berl. Makler-Bank	11	—	4	100½ bz
Berl. Prod.-Makl. B	8½	—	5	103⅞ bz
Berl. Wechslerbk.	6	—	5	52½ bzG.
Braunschw. Bank.	8⅔	—	4	113¾ bz
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. Co.	10	—	4	82½ bz
Bresl. Handels-G.	9	—	5	66 G.
Bresl. Maklerbank	30	—	5	77 B.
Bresl. Mkl.-Ver. B.	7	—	5	92 G
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	—	4	71½ G.
Bresl. Wechslerb.	12	—	4	69¾ B.
Centralb. f. Genos.	14	—	4	70⅞ bzG.
Coburg. Cred.-Bk.	7¼	—	4	74½ bzB.
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditbk.	15	—	4	157⅜ bz
Darmst. Zettelbk.	7	—	4	105 bzG.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	80 bz
Deutsche Unionsb.	9½	—	4	71¼ bzG.
Disc.-Com.-A.	27	—	4	168½ bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	fr.	107 B.
do. junge	—	—	4	103 B.
Gwb. Schuster u. C.	10	—	4	61¼ bzB
Görlitzer Ver.-Bk.	10	—	4	— —
Goth. Grundcred. B	9½	—	4	101⅛ bzG.
Hamb. Nordd. Bnk.	13⅔	10 4/5	4	145 B.
do. Vereins-B.	13¾	10 3/5	4	120⅞ B.
Hannov. do.	6 3/5		4	105⅜ bzG.
do. Disc.-Bk.	5	—	4	67½ G.
Hessische Bank	6⅔	—	5	47¾ bzG.
Königsb. do.	8	—	4	80 G.
Ldw. B. Kwilecki	—	—	4	65 G.
Leip. Cred.-Bank.	15	—	5	142¾ bzB.
Luxemburger do.	12	—	4	114⅞ bz
Magdeburger do.	5¾	—	4	105¼ G.
Meininger do.	12	—	4	110 bz
Moldauer Lds. Bk.	4	—	4	45 G.
Ndrschl. Cassenv.	15	—	4	22 bzG.
Nordd. Grundcr. B.	13¾	—	5	90 bzG.
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	—	4	70 B.
Oest. Cred.-Actien	18¾	—	4	142 a 1¼ b.
Ostdeutsche Bank	8	—	5	76¾ etbzB.
Ostd. Product.-Bk.	8½	—	4	25 bzB.
Posener Bank	6½	—	5	107⅞ G.
Pos. Pr.-Wechsl. B.	8	—	4	7¾ G.
Preuss. Bank-Act.	13½	—	4	185 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	15	—	4½	81 bzG.
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	—	4	118¾ G
Pr. Credit-Anstalt	24	—	5	51¾ bz
Prov. Wechsl.-Bk.	7½	—	4	89¼ G.
Sächs. B. 60% I. S.	12	—	5	140¾ bzB.
Sächs. Cred.-Bank	13	—	4	75⅛ bzG.
Schles. Bank-Ver.	14	—	4	116½ bz
Schl. Centralbank	13	—	4	66 b.
Schl. Vereinsbank	9	—	5	92⅞ bzG.
Thüringer Bank	14	—	5	100½ bz
Ver.-Bk. Quistorp	10	—	4	11⅜ bz
Weimar. Bank	8	—	fr.	104½ B.
Wiener Unionbk.	5	—	4	81½ bz
Baugess. Plessner.	14	—	5	63¾ bz
Berl. Eisenb.-Bd. A	11½	—	5	150 G.
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	5	44⅞ bzG.
do. Reichs-u. Co.-E.	7¾	—	5	90 bzG.
Märk. Sch. Msch. G.	0	—	5	33½ bzB.
Nordd. Papierfabr.	8	—	5	74½ G.
Westend, Com.-G.	17	—	—	12 bzG.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	16 4/5	—	4	119¾ G.
Schl. Feuervers.	17½	—	4	1620 pr. St.
Donnersmarkhüt.	—	—	5	58¼ bz
Königs- u. Laurah.	29	—	5	169½ bz
Lauchhammer	9	—	5	77 bzB.
Marienhütte	14	—	5	82½ bzG.
Minerva	—	—	5	5¼ G.
Moritzhütte	—	—	5	60 G.
OSchl. Eisenwerk.	11	—	5	39 bzB.
Redenhütte	10	—	5	44 bzG.
Schl. Kohlenwerk.	9	—	5	92 B.
Schles. Zinkh.-Act.	8	—	5	92 bzG.
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	96 bz
Tarnowitz. Bergb.	20	—	5	114¾ bzG.
Vorwärtshütte	8	—	5	60 bz
Baltischer Lloyd.	0	—	5	35¾ G.
Bresl. Bierbrauer.	—	0	5	28 G.
Bresl. E.-Wagenb.	7½	—	5	59¼ G.
do. ver. Oelfabr.	10	—	5	70 B.
Erdm. Spinnerei.	9	—	5	57½ bzB.
Görlitz. Eisenb.-B.	0	—	5	44½ G.
Hoffm's Wag.-Fab.	6	—	5	50½ G.
O.Schl. Eisenb.-B.	14	—	5	82½ bz
Schles. Leinenind.	9	—	5	101½ bzG.
S.Act. Br. (Scholtz)	—	0	5	29½ G.
do. Porzellan	7	—	4	80½ B.
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	23½ B.
do. Wagenb.-Anst.	9	—	4	45¼ G.
Schl. Wollw.-Fabr.	10	—	4	26¾ G.

Versailles, 30. Januar, Abends. Nationalversammlung. Eröffnung der Generaldebatte über die neuen Steuern. Der Finanzminister hebt hervor, die Regierung und die Commission seien einig über drei Nothwendigkeiten: Die Sicherstellung des Gleichgewichts zwischen der Deckung der Einnahmen und Ausgaben, der dauernden Ausgaben aus dauernden Hilfsquellen, der Fernhaltung aller künstlichen Mittel, namentlich Anleihen; es sei zu bedauern, daß die Commission auf die von ihm vorgeschlagenen Steuern nicht einging. Leon Say empfiehlt den Antrag, die Amortisirungsquote bei der Bank herabzusetzen. — Fortsetzung morgen.

Bayonne, 30. Januar. Nach einer aus Estella vom 25. d. M. datirten Nachricht hat sich das zwischen Bilbao und Portugalete gelegene Fort Erichame mit seiner aus 115 Mann bestehenden Besatzung und der gesammten Ausrüstung an die Carlisten ergeben.

Newyork, 29. Januar. Der Hamburger Postdampfer „Westphalia" ist heute Nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118. Pariser do. 93½. Wiener do. 103¼. Franzosen*) 345½. Hess. Ludwigsb. 148. Böhm. Westbahn 227¼. Lombarden*) 164½. Galizier 238. Elisabethbahn 220¾. Nordwestbahn 200¾. Elbthalbahn —, —. Oberhessen 76⅝. Oregon 19⅝. Creditactien*) 248. Russ. Bodencredit 86½. Russen 1872 94⅜. Silberrente 65⅞. Papierrente 61¼. 1860er Loose 95½. 1864er Loose 156⅞. Ung. Schatzw. 87. Raab-Grazer 78⅞. Amerikaner de 1882 97⅞. Darmstädter Bankverein 394¾. Deutsch-österr. 87¼. Prov.-Disconto-Gesellschaft 88¾. Brüsseler Bank 101⅝. Berl. Bankverein 85. Frankf. Bankverein 87½. do. Wechslerbank 81½. Nationalbank 1019. Meininger Bank 110⅛. Hahn Effectenbank 117⅜. Continental 91. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia —. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Rockford —. Rhein-Nahe-Bahn 33½.

Spekulationswerthe still, Bahnen, Banken behauptet, Fonds beliebt, 1860er Loose, Ungarloose matter, Bergwerke gedrückt.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 248. Franzosen 345½. Lombarden 165. Silberrente 65 15/16. 1060er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 30. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Creditactien 247¼, Franzosen 344, Lombarden 164½, Galizier —, Silberrente —, Bankactien 1018, Böhm. Westbahn —, Elisabethbahn —, 1860er Loose —, Amerikaner —, Provinzial-Disconto-Gesellschaft 88¾, Ungar-Loose —, Franz-Josefs-Bahn —, Rhein-Nahe-Bahn —, Cöln-Minden-Loose —. Matt, stilles Geschäft.

Hamburg, 30. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105. Silberrente 66. Oesterreich. Creditactien 212¼. dto. 1860er Loose 96¼. Nordwestbahn —. Franzosen 740. Lombarden 352. Italienische Rente 59½. Vereinsbank 120¾. Laurahütte 167½. Commerzbank 94¼. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 144¾. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 64¾. dto. neue 78½. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 77. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93⅞. Köln-M.-St.-Actien 139½. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 137½. Bergisch-Märkische 98½. Disconto 3¼ pCt. — Ruhig.

Wechselnotirungen: London lang 20, 09 Br., 20, 03 Gd., London kurz 20, 25 Br., 20, 17 Gd., Amsterdam 168, 90 Br., 168, 10 Gd. Wien 175, 75 Br., 173, 75 Gd., Paris 79, 30 Br., 78, 90 Gd., Petersburger Wechsel 270, 50 Br., 268, 50 Gd., Frankfurt a. M. 170, 30 Br., 169, 70 Gd.

Hamburg, 30. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco flau, beide auf Termine ruhig. Weizen pr. 126 Pfd. pr. Jan. pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Jan.-Februar pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 netto 266 Br., 265 Gd. — Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 192½ Br., 191½ Gd. — Hafer und Gerste fest. Rüböl still, loco und pr. Jan. 62, pr. Mai pr. 200 Pfd. 63½. Spiritus ruhig, pr. Januar und pr. Febr.-März 54, pr. April-Mai per 100 Liter 100% 55. Kaffee sehr angenehm; Umsatz 6000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 30 Br., 13, 20 Gd., pr. Januar 13, 20 Gd., pr. Januar-März 13, 30 Gd.

Hamburg, 30. Januar. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 66. Amerikaner —. Italiener —. Lombarden 350, 50. Oesterr. Credit-Actien 212 Br. Oesterr. Staatsbahn 738, 50. Oesterr. Nordwestb. —. Anglo-Deutsche B. —. junge —. Hamb. Commerz- u. Disc.-Bank —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien —, —. Berg.-Märk. —. Köln-Mindener —, —. Laurahütte 167, —. Dortmunder Union 76¼. Norddeutsche —, —. Packetfahrt —. Transatlantische —. Flau, geschäftslos.

Liverpool, 30. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 10,000 Ballen, davon 5000 B. amerikanische.

Liverpool, 30. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Schwimmende 1/16 höher.

Middl. Orleans 8 3/16, middl. amerikanische 7 13/16, fair Dhollerah 5⅛, middl. fair Dhollerah 4¾, good middl. Dhollerah 4⅜, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4, fair Broach 5¼, new fair Oomra 5½, good fair Oomra 6¼, fair Madras 5½, fair Pernam 8½, fair Smyrna 7, fair Egyptian 8⅞.

Upland nicht unter good ordinary Februar-März-Verschiffung und Mai-Juni-Lieferung 7⅞, Januar-Febr.-Verschiffung 7 13/16, März-April 7 15/16 D.

Manchester, 30. Januar, Nachmittags. 12r Water Armitage 8¾, 12r Water Taylor 10½, 20r Water Michalls 12¼, 30r Water Gidlow 14, 30r Water Clayton 14⅝, 40r Mule Mayoll 12⅞, 40r Medio Wilkinson 14¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 13¾, 40r Double Weston 14½, 60r Double Weston 17¼, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 123. Mäßiges Geschäft.

Petersburg, 30. Januar, Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Mt. 32¾. do. Hamburg 3 Mt. 276 5/16. do. Amsterdam 3 Mt. 162⅝. do. Paris 3 Mt. 345. 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 163. 1668er Prämien-Anleihe (gestplt.) 164½. Imperials 6, 04½. Große Russische Eisenbahn 145. Internationale Bahn I. Emission —. do. II. Emission —.

Petersburg, 30. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 46½, per August 46. Weizen pr. Mai 14½. Roggen loco 7, 85, per Mai 8, 25. Hafer per Mai-Juni 5, 00. Hanf per Juni 34½. Leinsaat (9 Pud) pr. Mai 14. Thauwetter.

Liverpool, 30. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen 2, Mais 18 D. niedriger, Mehl ruhig.

Glasgow, 30. Januar. [Roheisen.] Mixed numbers warrants 104 Sh.

Amsterdam, 30. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. März 388, pr. Mai 386, pr. November 355. Roggen loco ruhig, per März 242, per Mai 236½, per October 216. Raps per April 368, pr. Oktober 386 Fl. Rüböl —, pr. Mai —, pr. Herbst —. Wettter: Schön.

Antwerpen, 30. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 37¼. Roggen behauptet, Odessa 24. Hafer unverändert. Gerste gefragt.

Antwerpen, 30. Januar. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 31½ bez., 31¾ Br., pr. Januar 31½ bez., pr. Februar 31½ bez., 32 Br., pr. Mai 33½ Br., pr. September 36 bez. u. Br. — Ruhig.

Bremen, 30. Januar. Petroleum fest, geringes Geschäft, Standard white loco 13 Mk.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.